


Bei uns in NRW

Ausgabe 02/2020
www.cdu.nrw
Einzelpreis 2,50 €

Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen

**Kommunalwahl? Erledigen
wir bequem im Home Office.**

 Briefwahl: Besser. Sicher. Jetzt.



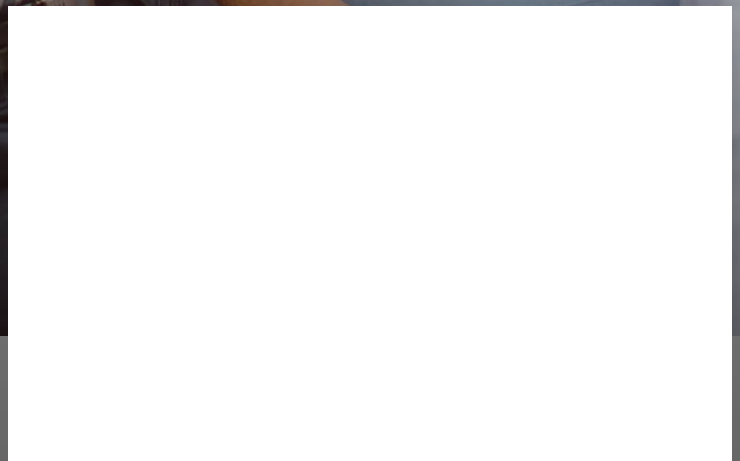
S. 4

Laschet trifft...
Johannes Austermann



S. 14

Gastbeitrag Laumann:
Stresstest Corona





Nur wer für jeden Einzelnen da ist, kann für alle da sein.

Wir sind die Post für 82 Millionen Menschen. Und für jeden von ihnen geben wir täglich alles. Bei Wind und Wetter sind 92.000 Post- und 19.000 Paketboten im ganzen Land unterwegs, damit 55 Millionen Briefe und 5 Millionen Pakete zuverlässig ihren Empfänger erreichen. Und das bereits nach nur einem Tag. Mit dieser einzigartigen Leistung machen unsere Zusteller die Deutsche Post zur Post für Deutschland.

deutschepost.de

Deutsche Post 



Liebe Vereinerinnen und Leser,

die erste Jahreshälfte 2020 hat unser Land vor enorme Herausforderungen gestellt, die uns rund um die Uhr forderten. Ich bin froh, dass wir es in den vergangenen Monaten geschafft haben, unser Land gut durch diese einzigartige Krise zu bringen. Auch wenn wir weiter vorsichtig bleiben und die Abstands- und Hygieneregeln einhalten, ist es Aufgabe der Politik, Grundrechtseinschränkungen immer wieder auf ihre Verhältnismäßigkeit zu überprüfen und, wenn möglich, zurückzunehmen. Und gleichzeitig besorgt uns die wirtschaftliche Krise mit immer mehr Menschen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben und deren Betrieb von Insolvenz bedroht ist. Gerade wir als Christdemokraten sind hier gefordert, mit Wirtschaftskompetenz und sozialer Verantwortung um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Dies tun wir mit unserem Konjunkturprogramm im Dialog mit den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften. Wir wollen, dass unser Land gut durch diese stürmische Zeit kommt, mit klarem Kurs gegen alle populistischen Sprüche.

Gerade in dieser schwierigen Zeit ist es wichtig, dass unsere Demokratie gestärkt und gefestigt wird. Deshalb ist es gut, dass am 13. September bei uns in Nordrhein-Westfalen – wenn auch unter besonderen Bedingungen – die Kommunalwahl stattfindet. Nach der außergewöhnlich langen Zeit von sechs Jahren werden jetzt wieder Bezirksvertretungen, Räte, Kreistage, Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister gewählt. Schon jetzt möchte ich mich bei all den Frauen und Männern bedanken, die ihr jahrelanges ehrenamtliches Engagement vor Ort beenden werden. Zugleich danke ich all jenen, die sich trotz oder gerade wegen der aktuell un-

ruhigen Zeiten dazu entschieden haben, neben Beruf und Familie die spannende und herausfordernde Aufgabe eines kommunalen Mandats übernehmen zu wollen.

Kein politischer Mandatsträger in unserem Land arbeitet näher am Bürger. Umso stolzer können wir darauf sein, dass sich die CDU über Jahrzehnte als die Kommunalpartei in unserem Land etablieren konnte. Damit das so bleibt, müssen wir Geschlossenheit und Zusammenhalt demonstrieren. Nur durch gute Team- und Sacharbeit können wir das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und auch weiterhin erfolgreich die Zukunft unseres Landes mitgestalten.

Seitens der Landespartei tun wir alles dafür, um unsere Verbände und Kandidaten überall im Land tatkräftig zu unterstützen. Auch viele unserer Mitglieder ohne Mandat sind als Multiplikatoren und Unterstützer im Hintergrund ein entscheidender Faktor für unseren Erfolg. Das vorliegende Mitgliedermagazin soll Ihnen einige interessante Einblicke in dieses facettenreiche Themenfeld der Kommunalwahl bieten. Und denken Sie daran schon jetzt die Briefwahl zu beantragen. Das ist in diesen Zeiten der sicherste Weg, die CDU und ihre Kandidatinnen und Kandidaten zu stärken.

Alles Gute, bleiben Sie gesund

Inhalt



Laschet trifft

4 Johannes Austermann

Topthema

8 Jetzt zählt das Hier und Wir!
Wie Corona den Wahlkampf verändert

Kommunalwahl

11 Wer kandidiert wo?

Gastbeitrag

12 Zusammenhalt aus Verantwortung
seit 75 Jahren: Ein Gastbeitrag des
Generalsekretärs der CDU Deutschlands,
Paul Ziemiak

Im Visier

18 Demokratiefeinde und Aluhutträger

Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 14 Stresstest Corona – Lehren für unser
Land und die Christdemokratie.
Ein Beitrag von Gesundheitsminister
Karl-Josef Laumann
- 16 12 Fragen an Dorothee Feller
- 17 12 Fragen an Stephan Pusch
- 20 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den
Seiten 10 und 11
finden Sie eine neue
Ausgabe „Landtag
aktuell“.

Unter dieser Marke
berichtet die CDU-
Landtagsfraktion
regelmäßig über ihre
politischen Vorhaben
und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden
Sie Informationen über
aktuelle Vorhaben,
Initiativen und Anträge
der CDU-Fraktion im
nordrhein-westfälischen
Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

Bild- und Textredaktion:
Katja Heins

Autoren:
Katja Heins, Lukas Miebach, Frank Rauer,
Günther Schuhmacher, Dr. Stephan
Terhorst, Henrik Bröckelmann

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600-0
Fax: 0211 13600-15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Patrick Schneider
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
info@designbuedchen.de
www.designbuedchen.de

Druck und Versand:
Deutsche Post
E-POST Solutions GmbH
Hansestraße 2
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: iStock, Brandlounge

Großes Engagement: Umweltschutz in der Landwirtschaft



Foto: Günther Schuhmacher

Die Landwirtschaft ist mit ihrem vor- und nachgelagerten Bereich noch immer eine starke Wirtschaftsbranche in unserem Land. Aber nicht nur für die Nahrungsmittelherzeugung sind die heimischen Landwirte unverzichtbar, sondern auch für den Umweltschutz sind sie von hoher Bedeutung. Ihr Engagement in diesem Bereich ist enorm. Davon zeugen im Land viele freiwillige Umweltmaßnahmen zur Pflege der Kulturlandschaft wie zum Beispiel der Anbau vielfältiger Kulturen im Ackerbau, die Anlage von Uferandstreifen oder die Aussaat von Blüh- und Schonstreifen, wie im Bild zu sehen ist.

Mit dem Regierungswechsel 2017 hat in der Landwirtschaftspolitik ein echter Paradigmenwechsel stattge-

funden. Weg von einer Politik, die von Misstrauen und Generalverdacht geprägt war, hin zu einer Politik des Miteinanders und der neuen Partnerschaft.

Treibende Kraft ist hierbei Landwirtschaftsministerin Ulla Heinen-Esser, die ihre Politik eng mit allen Betroffenen abstimmt. Unterstützt wird sie hierbei von der Sprecherin des Landwirtschaftsausschusses im Landtag, Bianca Winkelmann und dem Vorsitzenden des Landesagrar Ausschusses der CDU Nordrhein-Westfalen, Markus Höner (siehe Bild). Denn klar ist: Die CDU war und ist die Partei der Landwirte. Sie hat den Anspruch, den Strukturwandel zu gestalten und die familiengeführten landwirtschaftlichen Unternehmen zu erhalten. Diese sind unverzichtbar. ■

Erste Direktwahl des Ruhrparlaments



Foto: MIT

Hans-Peter Noll ist der Spitzenkandidat der CDU für das Ruhrparlament. Der prominente Ruhrgebietsexperte aus Haltern am See wurde Mitte Juni in Essen mit einem starken Ergebnis von 98 Prozent der abgegebenen Stimmen auf Platz 1 der Bewerberliste gewählt.

Unterstützt wird Noll von erfahrenen Kommunalpolitikern und Bürgermeistern: Auf dem zweiten Listenplatz steht der langjährige Fraktionsvorsitzende der CDU im RVR, Roland Mitschke, gefolgt von der Mülheimer Kreisvorsitzenden Astrid Timmermann-Fechter. Bodo Klimpel, Bürgermeister von Haltern am See, wurde auf Platz 4 gewählt. Ergänzt wird das Spitzenteam von Udo Robert Bovenkerk, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion Wesel, auf Platz 5 der Kandidatenliste. Mit dem Recklinghäuser Chris-

toph Tesche und Nicole Moenikes aus Waltrop werden auf Platz 23 und 24 zwei weitere Bürgermeister für den Regionalverband Ruhr ins Rennen geschickt. Insgesamt ging jeder dritte Listenplatz an eine Frau.

Zur Person des Spitzenkandidaten: Prof. Dr. Hans-Peter Noll ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zollverein, Vorsitzender des Kuratoriums der BMR Business Metropole Ruhr und Mitglied im Beirat Geopark Ruhrgebiet e.V.. Er hat sich in unterschiedlichsten Tätigkeiten, Gremien und Veröffentlichungen intensiv mit dem Strukturwandel des Ruhrgebietes befasst. Seit 1989 ist er Lehrbeauftragter an der Ruhr-Universität Bochum.

Die Wahl am 13. September ist für den Regionalverband Ruhr eine historische: Erstmals überhaupt können die Bürger des Reviers in Nordrhein-Westfalen durch eine Direktwahl eine eigene politische Interessenvertretung für die gesamte Region wählen. ■



Laschet trifft...

...Kinobesitzer

Johannes Austermann

Seitdem Johannes Austermann Anfang 2019 als 22-Jähriger seinen sicheren Job bei einer Sparkasse aufgegeben hat, um das örtliche Kino zu übernehmen, ist es nie mehr so richtig still um ihn geworden. Immer wieder wird in der Region über den Jungunternehmer berichtet, der mit ganzem Herzen seinen Traum als Kinobesitzer voranbringt und dafür auch ein Gründerstipendium des Landes NRW erhalten hat. An Ideen und Tatendrang mangelt es dem CDU-Ratsmitglied nicht. Von Beginn an investierte er konsequent in Modernisierung, Nachhaltigkeit und eine Erweiterung des Angebots.

Anfang des Jahres starteten noch die landesweiten Schulkinowochen in seinem „Scala“ in Warendorf. Dann kam mit dem Coronavirus der Rückschlag: Der Kinobetrieb musste schon ein Jahr nach der Übernahme vorübergehend eingestellt werden. Von dieser Krise ließ sich der auch für die kommende Wahl nominierte Kommunalpolitiker allerdings nicht entmutigen. Aus der Not machte er eine Tugend und initiierte ein Autokino.

Über die Auswirkungen der Krise, Unternehmergeist und kommunalpolitisches Engagement sprach Armin Laschet mit ihm bei einem Treffen in Düsseldorf.

Lieber Johannes Austermann, mit 22 Jahren ein Kino zu übernehmen, ist eine außergewöhnliche Sache. Sie sind jüngster Kinobetreiber Deutschlands. Wann kam bei Ihnen erstmals der Gedanke auf, sich in der Form selbstständig zu machen?

So richtig klar wurde mir das erst während meiner Ausbildung zum Bankkaufmann bei unserer Sparkasse. Ich hatte viel Kontakt mit den Menschen, das hat mir schon Spaß gemacht. Ich habe dann aber gemerkt, dass ich den Menschen mehr bieten will als ein Finanzprodukt. Besonders engagiert hatte ich mich schon länger ehrenamtlich für das „Theater am Wall“ der Stadt Warendorf mit Veranstaltungsorganisation und Programmplanung. Als ich dann die Gelegenheit bekam, das „Scala-Filmtheater“ als letztes von drei Kinos in Warendorf zu übernehmen, konnte ich einerseits für dessen Erhalt sorgen und andererseits etwas tun, was mir wirklich am Herzen liegt.

Wie ist es bisher für Sie gelaufen?

Gleich nach der Übernahme habe ich das Gebäude, das aufgrund seiner 170-jährigen Geschichte einen enormen Charme besitzt, von oben bis unten saniert und auch an den Angeboten gearbeitet. Wir haben beispielsweise einen Café-Betrieb eingerichtet und das Veranstaltungsangebot um öffentliche Diskussionsrunden oder Gespräche mit Filmemachern erweitert. Das ist alles schon während der Bauarbeiten unglaublich gut angenommen worden. Die Besucherzahlen haben sich im vergangenen Jahr verdreifacht. Inzwischen habe ich zwei festangestellte Mitarbeiter und acht Aushilfskräfte. Am liebsten stehe ich aber selber an der Kasse.



Und dann kam Corona...

Ja, die Krise hat uns natürlich in unserer Entwicklung zurückgeworfen. Der Erfolg des ersten Jahres – aber auch die unkomplizierte Soforthilfe des Landes – war für uns in dieser Situation überlebenswichtig. Wir haben dann auch sofort versucht, das Beste daraus zu machen und auf die Veränderungen zu reagieren. Auf einer großen Freifläche in der Stadt konnten wir ein Autokino in Betrieb nehmen. Das hat uns mit vielen ausverkauften Vorstellungen letztendlich gerettet und war gleichzeitig für die Menschen in der Stadt sicher eine sehr willkommene Ablenkung. Zuletzt hat dort beispielsweise auch die Entlassfeier zweier Gymnasien stattgefunden. Jetzt bin ich aber froh, dass es – wenn auch unter Auflagen – in unserem eigentlichen Kino weitergeht. Das ist auch direkt wieder gut angenommen worden.

Wie sieht das dann derzeit in der Praxis aus?

Wir dürfen Stand heute schon wieder bis zu 100 Leute ins Kino lassen und mit Maske ist auch der Abstand kein Problem. Wir wollen aber, dass sich unsere Besucher möglichst wohl und sicher fühlen, deshalb behalten wir trotzdem Abstand zwischen den Sitzen bei. Das Hauptproblem sind derzeit eigentlich nicht die Einschränkungen, sondern, dass die

”

Man muss kreativ sein und darf nicht den Kopf in den Sand stecken. “

großen Produktionsfirmen die Veröffentlichung ihrer Filme verschieben. Man hat offenbar einfach zu viel Sorge, dass unter den derzeitigen Bedingungen keine guten Ergebnisse eingespielt werden. Das ist ein Problem, weil Kinos natürlich gerade auch von der Anziehungskraft der Erstaufführungen leben.

Was denken Sie, wie es für Sie weiter geht?

Schon bei der Übernahme des Kinos bin ich mit viel Optimismus an die Sache gegangen und habe nicht so sehr an



die Risiken gedacht. Auch jetzt bin ich fest davon überzeugt, dass wir die Krise gut überstehen. Derzeit setzen wir halt statt neuer Filme auf die Anziehungskraft früherer Erfolge. Beispielsweise zeigen wir die Harry-Potter-Filme oder veranstalten einen Herr-der-Ringe-Marathon. Man muss kreativ sein und darf nicht den Kopf in den Sand stecken. Natürlich wäre ein weiterer Lockdown ein Problem. Grundsätzlich ist aber ja klar, dass so eine Entscheidung nicht leichtfertig getroffen wird und ihre Gründe hat. Ich stelle mir das in der Politik sehr schwer vor, immer zwischen möglichst viel Schutz der Bürger und möglichst wenig Einschränkungen entscheiden zu müssen.

” **Wir sollten einfach möglichst gut zusammen- statt gegeneinander arbeiten.** “

Sie sind ja auch selber als Ratsmitglied in Warendorf politisch aktiv. Wie ist es dazu gekommen?

An der Hauptschule war ich ab der sechsten Klasse Schülersprecher und habe dabei gemerkt, dass es mir Spaß macht, mich für meine und die Interessen anderer einzusetzen. Dieses Engagement wollte ich dann weiterführen und habe geschaut, wo ich mich politisch wiederfinde. So kam es, dass ich mit 14 Jahren in die Junge Union und mit 16 in die CDU eingetreten bin. Mit 21 bin ich als Nachrücker in den Stadtrat gekommen.

Ist denn die ehrenamtliche Arbeit als Ratsmitglied mit Ihrer Arbeit vereinbar?

Natürlich sind die Rats- und Ausschusssitzungen in der Regel abends, wenn auch die meisten Filme gezeigt werden. Zum Glück sind es aber nur wenige Meter zwischen Kino und Rathaus, so dass ich das bisher gut einrichten konnte. Auch mit meinen Mitarbeitern konnte ich mich bisher immer sehr gut abstimmen, dass ich dann zwischendurch

mal zu den Sitzungen gehe. Ich würde mich auf jeden Fall freuen, auch nach der Kommunalwahl am 13. September weiter im Stadtrat für Warendorf arbeiten zu dürfen.

Finden Sie, dass junge Menschen in unserer Partei in angemessener Form berücksichtigt und eingebunden werden?

Bei uns in Warendorf funktioniert das prima. Da fühle ich mich sehr gut aufgehoben. Für die Kommunalwahl wurden gleich vier Kandidaten unter 30 Jahren aufgestellt. Auch bei der letzten Kreisvorstandswahl hat es der JU-Kandidat zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden geschafft. Es kommt also wahrscheinlich auf den jeweiligen Ort an. Anderswo gibt es bestimmt noch Verbesserungsbedarf. Grundsätzlich finde ich, dass unsere Partei ein Spiegelbild unserer Gesellschaft sein sollte – die Mischung macht's. Wir sollten einfach möglichst gut zusammen- statt gegeneinander arbeiten. So haben wir auch als Volkspartei Erfolg, die die Interessen aller Gesellschaftsgruppen im Blick hat.

Ein gutes Schlusswort, dem schließe ich mich an. Vielen Dank für das Gespräch und alles Gute für Kino und Kommunalwahl! ■





Jetzt zählt das Hier und Wir!

WIE CORONA DEN

WAHLKAMPF VERÄNDERT

Von Dr. Stephan Terhorst

Am 13. September 2020 entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen über die Zukunft der Gemeinden, Städte und Kreise. Etwa 20.000 CDU-Mitglieder bewerben sich dabei um ein kommunales Mandat. Derzeit setzen sich etwa 8.000 amtierende Kommunalpolitiker der CDU für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein. Sie tun dies ehrenamtlich in ihrer Freizeit und leisten damit einen großen Beitrag für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Ihr bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil unserer föderalen Demokratie und Grundpfeiler einer bürgernahen Politik.

Kommunalpolitik findet direkt vor Ort statt. Mit ihrer Wahlentscheidung nehmen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbaren Einfluss auf die Politik und können die Zukunft ihrer Heimat so mitgestalten. Wie wollen wir künftig zusammenleben? Wie bewegen wir uns in Zukunft fort? Welche Maßnahmen sind in welcher Region für den Klimaschutz und eine nachhaltigere Umweltpolitik sinnvoll? Sie entscheiden mit darüber, welche speziellen Angebote es für Jung und Alt geben soll. Es liegt an uns, hier die richtigen Vorschläge und Angebote zu machen.

Die CDU ist die Kommunalpartei Nummer 1 in Nordrhein-Westfalen. Keine andere Partei ist kommunalpolitisch so verankert wie die CDU. Das wird nicht nur durch die vergangenen Kommunalwahlergebnisse deutlich, sondern auch und gerade durch das tägliche Gestalten des gesellschaftlichen Zusammenlebens in unseren Gemeinden, Kommunen und Kreisen.

Gerade in diesen Zeiten, in denen wir vor großen Herausforderungen stehen, tragen wir große Verantwortung. Es geht um nicht weniger als den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Auf keiner anderen Ebene beeinflussen politische Entscheidungen das Zusammenleben der Menschen so sehr wie auf der kommunalen Ebene. Sei es die Sanierung der Schulen oder des Bürgersteigs, der Erhalt des Schwimmbads oder der Bücherei – diese und viele weitere Beispiele sind kommunale Angelegenheiten und betreffen die Menschen unmittelbar.

Die CDU Nordrhein-Westfalen kann nur erfolgreich sein, wenn die CDU vor Ort erfolgreich ist. Voraussetzung dafür ist Geschlossenheit. Um am 13. September wieder als stärkste politische Kraft in Nordrhein-Westfalen durchs Ziel zu gehen, müssen wir auch in Corona-Zeiten Wahlkampf machen. Denn unsere Themen, Botschaften und Ideen für die Zukunft unserer Kommunen müssen wir auch in Zeiten großer Herausforderungen sowohl über die Medien als auch im persönlichen Gespräch verbreiten. Gerade in Letzterem liegt unsere große Stärke. Dabei wird der Wahlkampf in diesem Jahr ganz anders aussehen. Abstands- und Hygieneregeln werden den Dialog, die Diskussion prägen. Doch auch die persönliche Ansprache ist für uns nach wie vor unverzichtbar, wenn wir unsere Potentiale bei dieser Wahl abrufen wollen.

Auch der Infostand auf dem Marktplatz und der klassische Haustürwahlkampf sind weiterhin möglich – mit Abstandsregelungen natürlich. Erste Erfahrungen zeigen, dass die meisten Bürger trotz aller Umstände überwiegend positiv reagieren, wenn Bewerberinnen und Bewerber bei ihnen zum Zweck eines kurzen Wahlkampfbesuchs an der Haustür klingeln. Viele Wahlkämpfer hinterlassen auch Werbematerial im Briefkasten, meist versehen mit einer Telefonnummer. Wer möchte, kann das an der Haustür ausgebliebene Gespräch dann telefonisch nachholen.

Zudem tut sich digital und virtuell einiges in diesen Zeiten! Die bereits in den letzten Wahlkämpfen gestiegene Bedeutung des Internets – vor allem der Sozialen Medien – nimmt wegen Corona nochmals zu. Kandidatinnen und Kandidaten sind verstärkt auf Facebook, Instagram oder YouTube unterwegs, bieten digitale Diskussionsrunden und Bürgersprechstunden an und erreichen mit sogenannten Themen-Kacheln potenzielle Wählerinnen und Wähler. Vorteile sind beispielsweise: Es können Menschen zusehen, die es zeitlich oder aus Mobilitätsgründen nicht zum Veranstaltungsort geschafft hätten. Zudem steht das aufgezeichnete Video auch zum späteren Abrufen noch im Internet zur Verfügung.

Das Wählerpotential der CDU liegt aber auch in der Briefwahl. In Corona-Zeiten sollte der Fokus noch stärker als zuvor auf der Briefwahl liegen. Da Einrichtungen wie Altenheime und Kindertagesstätten nicht mehr als Wahllokale zur Verfügung stehen, ist mancherorts mit erhöhtem Andrang an der Urne zu rechnen. Auch so schon werden viele auf den persönlichen Kontakt im Wahllokal verzichten wollen. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig auf die Briefwahl aufmerksam zu machen und die Menschen von der CDU zu überzeugen.



Corona wird nicht nur Auswirkungen auf die Art der Wahl haben, sondern fordert in veränderten Wahlkampfzeiten besondere Kreativität. So wurden schon Autokinos zu Wahlarenen umfunktioniert. Unter anderem hat sich der gemeinsame Oberbürgermeisterkandidat von CDU und Grünen, Prof. Dr. Uwe Schneidewind, in Wuppertal auf diese Weise vorgestellt. Aber nicht nur dort, sondern auch in allen anderen Städten, Gemeinden und Landkreisen kommt es darauf an, als CDU neue Impulse zu setzen, damit wir vor Ort vorankommen. In Städten wie Essen, Oberhausen oder Bonn spüren die Menschen, was es bedeutet, wenn die CDU den Oberbürgermeister stellt und gerade in Krisenzeiten mit ruhiger Hand eine besonnene und verantwortungsvolle Politik für ihre Bürgerinnen und Bürger macht.

Am 13. September geht es darum, attraktive Lebensbedingungen für die Menschen in Stadt und Land zu schaffen. Dafür

müssen wir gemeinsam für unsere Vorstellungen werben, um weiterhin politisch stärkste Kraft zu bleiben.

Dazu ist es wichtig, dass wir uns als CDU um die lokalen Themen und Probleme kümmern und Lösungen präsentieren. Die CDU ist die einzige Partei, die sich um alle Lebensbereiche kümmert und die sich wie keine andere gleichzeitig für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzt. Ob es die Haushaltslage, die Infrastruktur, die Wirtschaftsförderung, der bezahlbare Wohnraum, der Zustand unserer Schulen, die Förderung unserer Landwirtschaft, das Vorankommen beim Ausbau des schnellen Internets oder die Fragen der Klima- und Umweltpolitik sind – wir packen es an!

Hören wir den Menschen zu, schenken ihnen unsere Aufmerksamkeit und helfen ihnen, wo immer es notwendig ist. Hier gilt unser Wahlkampf-Slogan: Nordrhein-Westfalen wird vor Ort gemacht! ■



LANDTAG aktuell: Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.



So viel kommt aus den Konjunkturpaketen in unseren Kommunen an

Rettungsschirm, Soforthilfe, Konjunkturpaket, Nordrhein-Westfalen-Programm – die Politik in Land und Bund hat sich gestreckt, um die Folgen der Corona-Pandemie abzufangen. Ein Blick auf das, was die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden aus den Töpfen bekommen.

Der Rettungsschirm für Nordrhein-Westfalen

Als die Pandemie Mitte März über unser Land hereinbrach und die Wirtschaft in Schockstarre fiel, spannte die Landesregierung einen Rettungsschirm von historischem Ausmaß, um die historische Krise zu bewältigen. Ein Nachtragshaushalt mit einem Sondervermögen von 25 Mrd. Euro wurde aufgestellt.

- In den drei Lockdown-Monaten erhalten 426.000 Solo-Selbstständige, Freiberufler und kleine Unternehmen 4,5 Mrd. Euro Soforthilfe
- Das Land sichert mit Kreditbürgschaften in Höhe von 10 Mrd. Euro die Liquidität von Flughäfen, Verkehrsbetrieben, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen

Das Konjunkturpaket vom Bund

Auch in Berlin wurde ein nie dagewesenes Konjunkturpaket geschnürt: 130 Mrd. Euro, die die Wirtschaft trotz Corona wieder ankurbeln sollen. Und das Paket trägt eine gut lesbare nordrhein-westfälische Handschrift: Unsere Idee, die Kommunen stärker bei den Sozialleistungen zu unterstützen, hat sich durchgesetzt.

- Der Bund beteiligt sich künftig mit bis zu 75 statt 50 Prozent an den Kosten der Unterkunft (KdU). Für die 396 Städte und Gemeinden in unserem Land heißt das: jährlich insgesamt 1 Mrd. Euro mehr im Haushalt
- Mehr Mittel für den Kita-Ausbau, für Sportstätten und den ÖPNV

Das Nordrhein-Westfalen-Programm

Mit Hilfe der Bundesmittel hat die Landesregierung ein Paket geschnürt, das jetzt Wachstum in Nordrhein-Westfalen ankurbeln soll. 8,9 Mrd. Euro stark ist das Programm.

- Krankenhäuser, Pflegeschulen und Unikliniken werden mit 2,9 Mrd. Euro gestärkt
- Den Verkehrsbetrieben werden Einnahmeausfälle mit 700 Mio. Euro ersetzt, damit das Angebot gesichert ist
- Das Land teilt sich mit dem Bund den Ausgleich für Gewerbesteuer ausfälle in den 396 Kommunen – insgesamt 2,8 Mrd. Euro
- Kommunale Investitionen in den kommunalen Straßenbau, Städtebauförderung und in Förderprogramme für nationale Klimaschutzinitiativen, nachhaltige Infrastruktur sowie Altlastensanierung werden gefördert

„Land und Kommunen, das ist Familie“

Interview mit dem kommunalpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Guido Déus, über Corona-Lasten, gescheiterte Scholz-Pläne und eine Lösung für Altschulden.

Corona trifft alle, sind unsere Kommunen derzeit besonders hart betroffen?

Steuerausfälle und Mehrkosten treffen alle Ebenen, aber die Kommunen tragen die Hauptlast, denn sie müssen viele Corona-Maßnahmen real umsetzen. Die kommunalen Wahlbeamten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, z.B. der Gesundheits- und Ordnungsämter, stehen an vorderster Front. Ich habe größten Respekt vor den Leistungen vor Ort und sage im Namen meiner Fraktion hierfür von Herzen Danke!

Wie unterstützt das Land?

Der Landtag hat mit dem NRW-Rettungsschirm früh ein gigantisches Maßnahmenpaket beschlossen. Gerade haben wir nachgelegt. Wir kompensieren Gewerbesteuerausfälle, Kommunen kommen einfacher an Kredite oder Soforthilfen und können Corona-Schäden im Haushalt isolieren. Wir geben 342 Mio. Euro an unsere Stärkungspakt-Kommunen und haben die Auszahlungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz für alle vorgezogen.

Immer wieder hört man, es müsse ein „Altschuldenfonds“ her ...

Ohne eine vorherige nachhaltige Lösung der Ursachen wäre das ein fahrlässiger Umgang mit Finanzmitteln. SPD-Bundesfinanzminister Olaf Scholz hatte zuletzt große Erwartungen geweckt, aber nicht erfüllt. Wir haben uns erfolgreich in Berlin für eine dauerhafte Erhöhung bei den Kosten der Unterkunft eingesetzt. Für NRW-Kommunen bedeutet das jetzt eine Entlastung von rund 1 Mrd. Euro – jedes Jahr. Damit ist das Thema für uns aber noch nicht erledigt.

Wo kommen diese Altschulden eigentlich her?

Insbesondere in Städten mit wenig Gewerbesteuern sind sie vor allem durch Sozillasten entstandene Aufgaben, die vom Bund übertragen wurden. Ein Prozess über Jahrzehnte, wo viele SPD-geführte Landesregierungen in der Pflicht gestanden hätten gegenzusteuern. Die Milliarde Euro, die Kommunen jetzt auf Dauer sparen, bringt weit mehr als eine Teilübernahme der Schulden.

Wie würden Sie das Verhältnis zwischen Stadt und Land beschreiben?

Nie zuvor gab es eine derartige Unterstützung des Landes und wir sind im permanenten und guten gegenseitigen Austausch zu allen Fragen. Land und Kommunen, das ist eine Familie. Die Gemeindefinanzierung befindet sich auf Rekordniveau, aus dem Corona-Rettungsschirm wird nicht nur die Wirtschaft unterstützt, sondern auch Kommunen und kommunale Unternehmen. Und das gilt ins-

besondere für das vorgelegte „Nordrhein-Westfalen-Programm I“ mit 8,9 Mrd. Euro für Schulen, Kommunen, Krankenhäuser und Soloselbstständige zur Flankierung in der Krise. Darin enthalten ist ein Investitionsvolumen für unsere Kommunen von stolzen 3,9 Mrd. Euro.

Wird die Kommunalwahl im September wegen Corona doch noch verschoben?

Nein, der Termin steht und das ist gut so. Eine überlange Wahlperiode geht zu Ende und die Bürgerinnen und Bürger müssen und sollen die Chance haben, die lokale Arbeit der vergangenen Jahre zu bewerten und zu entscheiden, wem sie ihre Zukunft anvertrauen möchten.



Guido Déus

Sprecher für Kommunales

Geboren 1968 in Köln-Porz, Abitur 1988 in Bonn. Ausbildung im gehobenen nichttechnischen Dienst der Bundesvermögensverwaltung und Studium an der Fachhochschule des Bundes in Münster. Zuletzt Leiter Presse, Kommunikation und Marketing der Bundesanstalt für Immobilien (BImA). Mitglied der CDU seit 1987. Seit 1999 direkt gewähltes Mitglied des Rates der Bundesstadt Bonn. Seit 2014 zudem Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Beuel. Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen seit 1. Juni 2017. Déus ist Mitglied des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion sowie Mitglied im Wissenschaftsausschuss und im Untersuchungsausschuss „Hackerangriff“.

Finanzen

Unsere Arbeit für Finanzen

- Konsolidieren, modernisieren und investieren
- Ohne neue Schulden in den vergangenen zwei Haushalten
- Noch nie stand Kommunen so viel Geld zur Verfügung
- 25 Mrd. Euro NRW-Rettungsschirm für Corona-Hilfen

Das Nordrhein-Westfalen-Programm

- 8,9 Mrd. Euro u.a. für Schulen, Kommunen, Krankenhäuser, Solo-Selbstständige, Brauchtum sowie Kunst und Kultur
- NRW-Koalition ergänzt das Konjunkturpaket des Bundes um 3,6 Mrd. Euro
- Zusätzliche 1,7 Mrd. Euro zur Kofinanzierung von Maßnahmen des Bundes



Lutz Lienenkämper

Minister der Finanzen

„Mit ihren Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Zusammenhalt leisten die Kommunen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit von Nordrhein-Westfalen. Deshalb haben wir die Spielräume, die uns die Haushaltswende eröffnet hat, auch dazu genutzt, die Investitionsfähigkeit der Kommunen weiter auszubauen: Unter anderem mit einem gestärkten Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG), der Weitergabe der Integrationspauschale und dem Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage haben wir von 2017 bis 2019 allein landesseitig Verbesserungen für die Kommunen in Höhe von über 3,7 Mrd. Euro erwirkt.“

Dennoch kommen durch die Folgen der Corona-Pandemie nun auch auf die kommunalen Haushalte erhebliche Belastungen zu. Gerade in der Krise sind kommunale Investitionen jedoch besonders wichtig. Deshalb bildet ein kommunales Investitionspaket im Gesamtumfang von 3,9 Mrd. Euro einen zentralen Schwerpunkt unseres Nordrhein-Westfalen-Programms: Um ihre Investitionsfähigkeit zu sichern, werden wir in vielen Bereichen die vorgesehene Eigenanteile der Kommunen deutlich reduzieren oder gänzlich übernehmen. Indem wir gemeinsam mit dem Bund die Gewerbesteuer ausfälle der Kommunen für 2020 kompensieren, stellen wir zudem sicher, dass geplante Investitionen auch tatsächlich durchgeführt werden können.

Zusammen mit weiteren Maßnahmen im zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2020 und dem Kommunalschutzpaket der Landesregierung schaffen wir so die bestmöglichen Rahmenbedingungen für unsere Kommunen, um gestärkt aus der Krise zu kommen.“



Arne Moritz

Sprecher für Finanzen

„Besonders mit dem zweiten Nachtragshaushalt erweitert Nordrhein-Westfalen die landesseitigen Unterstützungsangebote mit Blick auf unsere Kommunen. Die Landesregierung hat der NRW.BANK Haftungsfreistellungen in Höhe von 5 Mrd. Euro gewährt und ihr so die Möglichkeit gegeben, ein Programm zur Unterstützung der Kommunen einzurichten. Mit diesem Programm wird die Liquidität der Städte und Gemeinden gesichert, bei denen auf der einen Seite fiskalisch wichtige Steuereinnahmen pandemiebedingt sinken und auf der anderen Seite unvorhergesehene Ausgaben die Haushalte belasten. Die NRW.BANK wird die fälligen Liquiditätskredite verlängern und zudem Mittel für krisenbedingte Finanzierungsengpässe zur Verfügung stellen.“

Darüber hinaus hat die NRW-Koalition bereits ein Gesetz verabschiedet, das die noch ausstehende Auszahlung der Mittel zur Gemeindefinanzierung vorzieht. Damit erhalten die Kommunen Geld, welches ihnen normalerweise im weiteren Verlauf des Jahres ausbezahlt würde, nun früher.

Zusammen mit der anteilmäßigen Übernahme von bis zu 75 % der Kosten der Unterkunft durch den Bund, die Übernahme der Gewerbesteuer ausfälle durch Bund und Land und Maßnahmen des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung wird ein wesentlicher Beitrag zur Planungs- und Liquiditätssicherheit der Kommunen geleistet.“

Verkehr

Unsere Arbeit für die Mobilität der Zukunft

- 400 Mio. Euro Fördermittel von 2018 bis 2020 für den kommunalen Straßenbau
- 56,1 Mio. Euro für die Rad- und Fußverkehrsförderung in den vergangenen drei Jahren
- Einführung des landesweiten Azubi-Tickets

Das Nordrhein-Westfalen-Programm

- 700 Mio. Euro zur Übernahme der coronabedingten Fahrgeldausfälle im ÖPNV
- Fördersatz von bis zu 90% für zwei Jahre im kommunalen Straßenbau



Hendrik Wüst

Minister für Verkehr

„Was für Bildung unstrittig ist, muss auch für Mobilität gelten. Investitionen in Mobilität heute sind ein Investment in unseren Wohlstand von morgen. Weil schlaue Verkehrslösungen aus unseren Städten und Dörfern lebenswerte Orte machen. Weil es uns alle angeht!

- Eltern, die mit Auto, E-Bike oder Bus und Bahn zur Arbeit pendeln.
- Senioren, die auch im hohen Alter barrierefrei mobil sein wollen – zu Fuß, auf dem Rad und im ÖPNV.
- Schülerinnen und Schüler, die mit dem Rad, Bus und Bahn auch in ländlichen Regionen sicher und verlässlich zur Schule fahren.
- Deswegen investieren wir in attraktive, leistungsstarke und vernetzte Mobilitätslösungen für lebenswerte Städte und Gemeinden.
- Schnellbuslinien und „On Demand“-Busse bringen schnellen und bedarfsgerechten Anschluss auch für ländliche Regionen – gefördert mit 100 und 120 Mio. Euro in den nächsten Jahren von der Landesregierung im Rahmen der ÖPNV-Offensive.
- Radschnellwege und Velorouten verbinden ganze Regionen mit sicheren und komfortablen Radwegen. Dafür schafft das Land zusätzliche Stellen für Planer und stellt so viel Geld wie nie zuvor zur Verfügung.
- Intelligente Leitung von Schwerlastverkehr macht unsere Wohngebiete leiser, sicherer und lebenswerter. Im Projekt „Sevas“ können Kommunen Vorrangrouten für Laster definieren. Die werden dann direkt im Navi der Brummis angezeigt.
- Zwischen Heinsberg und Höxter, zwischen Rheine und Euskirchen fördert die Landesregierung den kommunalen Straßenbau in den nächsten Jahren mit mindestens 136 Mio. Euro und erhöhten Fördersätzen!“



Klaus Voussem

Sprecher für Verkehr

„Bei uns steht der Nutzer im Zentrum unserer Verkehrspolitik. Der größte Mobilitätsanteil der Menschen findet in den Kommunen statt. Wir wollen ihnen keine Vorgaben machen, wie sie ihre Wege zurücklegen, sondern attraktive Möglichkeiten zur Verfügung stellen, aus denen sie wählen können.

Die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist daher ein zentrales Ziel für eine saubere Mobilität. Mit der ÖPNV-Offensive ist bis 2031 eine Milliarde Euro eingeplant, um die Kommunen zu unterstützen, die kommunalen Stadt- und Straßennetze auf den heutigen Stand der Technik zu bringen.

Im Bereich der Nahmobilität unterstützen wir den Bau von Rad- und Gehwegen sowie die Anschaffung von Fahrradabstellanlagen oder Ladestationen für Pedelecs.

Auch der kommunale Straßenbau ist in den vergangenen Jahren ausgebaut worden. Seit 2019 übernimmt das Land seitdem mindestens 70 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten von Maßnahmen. Das ist ein Beitrag für bessere Mobilität vor Ort und entlastet die Kommunen.

Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung für eine bessere Vernetzung der Mobilität: Mit der Errichtung von Mobilstationen, der Förderung des „Zukunftsnetz Mobilität NRW“ und umsetzungsorientierte Mobilitätskonzepte mit regionalen Bezügen zu Zukunftsfragen der Mobilität; digitalen Informations-, Buchungs- und Zahlungssystemen sowie Maßnahmen des zielgruppenspezifischen Mobilitätsmanagements.“

Wirtschaft & Digitales

Unsere Arbeit für Wirtschaft

- Sechs Entfesselungspakete für Bürokratieabbau und Erleichterung von Genehmigungsprozessen
- NRW soll Wasserstoffland Nummer 1 werden mit In4Climate zur Förderung von Wasserstoff-Technologien

Unsere Arbeit für Digitalisierung und Innovation

- Wir haben die Digitalstrategie Nordrhein-Westfalen entwickelt
- Wir treiben den Netzausbau voran
- Mehr als 1500 Gründerstipendien vergeben

Das Nordrhein-Westfalen-Programm

- 300 Mio. Euro Überbrückungshilfen für Solo-Selbstständige und Freiberufler
- Übernahme der Gewerbesteuerausfälle hälftig durch Bund und Land



Henning Rehbaum

Sprecher für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

„Starke Kommunen brauchen starke Unternehmen mit attraktiven Arbeitsplätzen vor Ort. Die NRW-Koalition erleichtert den Kommunen mit dem flexibilisierten Landesentwicklungsplan die Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben – und die Schaffung von Wohnraum für Fachkräfte und Familien vor Ort. Neue Geschäftsideen und Innovationen unterstützen wir mit unbürokratischer Start-Up-Förderung und Innovationsgutscheinen für kleine Unternehmen. Um den Mittelständlern vor Ort zu helfen, die Chancen der Energiewende zu nutzen, haben wir den Etat für Energie und Klimaschutz versechsfacht. Mit „progres.nrw“ bündelt die Landesregierung eine breite Palette von Förderangeboten, um den effizienten Umgang mit Energie und den Einsatz von regenerativen Energien für kleine und mittelständische Unternehmen, Kommunen, Wissenschaft und Verbraucher in NRW voranzubringen. Dazu gehören Markteinführung, Innovation, KW, Wärme- und Kältenetz, Elektromobilität sowie das Unterstützungsangebot für Kommunen bei der Erstellung von Energiekonzepten – der European Energy Award. Auch Aktivitäten für den Einsatz von Wasserstoff werden mit In4Climate aktiv von der Landesregierung gefördert. Mit unseren mittlerweile sechs Entfesselungspaketen und konsequenter Digitalisierung der Verwaltung entlasten wir Unternehmen und Behörden gleichermaßen von Papierkram und Behördengängen. Das beste Beispiel sind 430.000 online bewilligte Corona-Soforthilfen für kleine und mittlere Unternehmen: Voll digital und schnell!“



Florian Braun

Sprecher für Digitales und Innovation

„Ob der digitale Wandel einen unmittelbaren Nutzen für den Bürger darstellt, wird vor allem in der Kommune spürbar: Deshalb unterstützen wir als NRW-Koalition die Kommunen unseres Landes bereits seit Amtsantritt dabei, digitale Innovation nutzbar zu machen. Mit dem Förderprogramm „Digitale Modellregionen“ investieren wir in über 60 Projekte mit dem Schwerpunkt E-Government und digitale Stadtentwicklung. Und zwar in allen fünf Regierungsbezirken mit einem Volumen von rund 100 Mio. Euro. Davon profitieren nicht nur die Modellkommunen – denn das Wissen wird bereits im laufenden Betrieb weitergetragen und kommt so allen zugute. Schon heute partizipieren 170 weitere Kommunen. 2018 haben wir mit Einführung der eRechnung und der elektronischen Gewerbeanmeldung inklusive elektronischem Bezahlendienst erste Meilensteine gesetzt. Mit dem im Juni 2020 jüngst beschlossenen neuen E-Government-Gesetz ziehen wir nun den Plan zur kompletten Digitalisierung der Landesverwaltung auf 2025 vor – Rot-Grün wollte sich bis 2031 Zeit lassen. Mit dem Gesetz haben wir zudem die Grundlage geschaffen für zentrale Fachportale, wie das Wirtschafts-Service-Portal.NRW, die allen Kommunen zur Verfügung stehen und somit vor Ort für Entlastung sorgen. In der aktuellen Corona-Krise sehen wir genau, an welchen Stellen analoge Prozesse ersetzt werden können, und haben bereits die Landesregierung beauftragt, daraus zu lernen und – wo sinnvoll – 2021 Vorschriften und Gesetze anzupassen. Ebenso unterstützen wir den Bund darin, Investitionen in Innovation bei der Verwaltung auf 2020/2021 vorzuziehen. Damit erhöhen wir die Digitalisierungsdynamik und sorgen dafür, dass NRW weiter vorankommt.“

Inneres & Justiz

Unsere Arbeit für Inneres

- Null-Toleranz-Politik gegenüber kriminellen Clans und Organisierter Kriminalität
- Seit 2020 Einstellung von 2560 neuen Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärttern
- Bessere Ausstattung der Polizei und mehr Befugnisse durch das neue Polizeigesetz
- Zukünftig soll auch das Ordnungsamt gestärkt werden, beispielsweise durch den Einsatz von Bodycams

Unsere Arbeit für Justiz

- Rund 1600 neue Stellen für die Justiz in Gerichten und Staatsanwaltschaften
- Strafverschärfung bei Kindesmissbrauch initiiert
- Stärkung des Opferschutzes
- Erhöhung der Mittel für die Digitalisierung der Justiz



Herbert Reul

Minister des Innern

„Beim Thema Sicherheit sind alle staatlichen Ebenen gefragt – auch die Kommunen. Doch Sicherheit schafft niemand alleine. Deshalb verstehen wir uns als starker Partner der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Unsere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit wirken unmittelbar bei den Menschen vor Ort. Wir fördern das freiwillige Engagement der Einsatzkräfte in den Feuerwehren und im Katastrophenschutz und unterstützen beispielsweise die Kommunen bei der Bildung von Kinderfeuerwehren. So werden aus Fördermitteln Mannschaftstransportfahrzeuge, pädagogische Schulungen und Starterpakete für Kinderfeuerwehren finanziert. Und auch die Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei nimmt man in den Städten und Gemeinden durch mehr Präsenz wahr. Gemeinsam mit dem Erhalt und Neubau von Polizeiwachen tragen wir so zu mehr Sicherheit bei, die sich messen lässt. Das beweist alleine schon der Rückgang bei Einbrüchen und im Bereich der Gewalt- und Straßenkriminalität.“

„Nach dem Neustart im Bereich der Inneren Sicherheit, mit einer Null-Toleranz-Politik, Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei, zusätzlichen Stellen für Polizeiverwaltungsassistenten, einer verbesserten Ausstattung und Ausweitung der Befugnissen wollen wir jetzt die kommunale Sicherheitsverantwortung und die Ordnungsbehörden stärken.

Im Bereich der Aus- und Fortbildung gibt es schon vereinzelt Kooperationen zwischen Städten untereinander und Kooperationen zwischen einzelnen Städten mit Kreispolizeibehörden. Diese Initiativen sollen weiter gestärkt und unsere Kommunen noch mehr unterstützt werden.

Zudem wollen wir Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Bodycams für Vollzugskräfte der Ordnungsämter und den Einsatz von Kameras in erkennbaren Dienstfahrzeugen des Ordnungsdienstes für eine bessere Eigensicherung schaffen. Auch der Anschluss der kommunalen Ordnungsbehörden an den BOS-Funk erscheint für uns sinnvoll.“



Christos Katzidis

Sprecher für Inneres

„Die Justiz und ein starker Rechtsstaat sind da, wenn Bürger Rechtsschutz suchen. So haben wir die 227 Gerichte und Staatsanwaltschaften in allen Teilen NRW personell verstärkt und effizient aufgestellt. In Kriminalitätsschwerpunkten werden gezielt „Staatsanwälte vor Ort“ eingesetzt.

Zum anderen bieten wir Rechtskundeunterricht in Grund- und weiterführenden Schulen an, um bereits bei Kindern und Jugendlichen das Verständnis für das Wesen und die Aufgaben des Rechts zu wecken und ihnen den Rechtsstaat als Wertesystem nahe zu bringen.

Im Kampf gegen Kindesmissbrauch setzen wir uns für die Errichtung von Childhood-Häusern (Kompetenzzentrum für Kinder und Jugendliche, die sexuellen Missbrauch erlebt haben) in allen Regierungsbezirken ein, um eine gute Betreuung und vernünftige Strafverfolgung zu gewährleisten.“



Angela Erwin

Sprecherin für Recht

Bauen & Wohnen

Unsere Arbeit für Heimat, Bauen und Wohnen

- 23 Mio. Euro für das Dorferneuerungsprogramm zur Stärkung des ländlichen Raums
- 1,1 Mrd. Euro für die öffentliche Wohnraumförderung
- 16 Mio. Euro für Denkmalförderung
- Baurecht vereinfacht für schnelleres und günstigeres Bauen

Das Nordrhein-Westfalen-Programm

- Städtebauförderung, kommunaler Straßenbau, Förderprogramme für nationale Klimaschutzinitiativen, Grüne Infrastruktur sowie Altlastensanierung – die vorgesehenen kommunalen Eigenanteile werden deutlich reduziert oder sogar vom Land übernommen. Hierfür werden 400 Mio. Euro bereitgestellt.



Ina Scharrenbach

Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

„Ein Klima für Neubau weht durch Nordrhein-Westfalen. 43.895 neue Wohnungen wurden 2019 fertiggestellt – so viel wie nie in den letzten neun Jahren. Hinzu kommen 4.752 neue Wohnungen, die durch Um- und Ausbaumaßnahmen entstanden sind. Und auch für die kommenden Jahre bleibt der Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen auf der Überholspur: Die Städte genehmigten den Bau von 57.253 Wohnungen. Das ist „Prima.Klima.Wohnen“: Mit der neuen Landesbauordnung wurden bürokratische Hürden beseitigt, um schnelleres Bauen zu ermöglichen. Referenzielle Baugenehmigungen, durch die jetzt in Gelsenkirchen 91 Reihenhäuser mit nur vier Baugenehmigungen entstehen, sind nur ein Beispiel für die geschaffenen Erleichterungen. Damit haben wir das Bauen leichter gemacht. Gerade in der aktuellen Lage merken wir, wie wichtig es ist, ein Zuhause zu haben, das den Bedürfnissen jeder und jedes Einzelnen entspricht. Auch wenn Corona in den letzten Monaten die Schlagzeilen beherrschte: Wohnen ist elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb werden wir nicht nachlassen, die Rahmenbedingungen für Bauherren und Investorinnen und Investoren weiter zu verbessern, um den Wohnungsbau weiter anzukurbeln. Denn mehr Wohnraum ist der beste Schutz für Mieterinnen und Mieter gegen steigende Mieten.“



Fabian Schrupp

Sprecher für Bauen und Wohnen

„Gemeinsam mit den Kommunen sorgen wir dafür, dass Wohnen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, für die Menschen bezahlbar bleibt. So haben wir den Landesentwicklungsplan von unnötigen Hemmnissen befreit und die öffentliche Wohnraumförderung modernisiert und aufgestockt. Durch Stärkung der Eigentumsförderung helfen wir Familien dabei, ihren Traum vom Eigenheim zu verwirklichen. Mit der Initiative „Bau.Land.Leben“ geben wir Kommunen und Grundstückseigentümern ein wichtiges Instrument an die Hand, um brachliegende Grundstücke schnell und unbürokratisch zu revitalisieren. Nordrhein-Westfalen steht für Aufbruch, Innovation und Wandel. Nordrhein-Westfalen steht aber auch für Heimat, Geschichte, Tradition und Kultur. Daher ist es uns ein Anliegen, unser historisch-kulturelles Erbe zu stärken und noch in diesem Jahr ein modernes Denkmalschutzgesetz zu verabschieden. Auch das Heimatförderprogramm setzt genau dort an und fördert das, was Menschen in Nordrhein-Westfalen verbindet. Gemeinschaft und Solidarität sind gerade in diesen Zeiten wichtiger denn je. Zahlreiche Vereine fördern mit viel Herzblut und Engagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um das Ehrenamt mit seinen Strukturen zu stärken, legt die NRW-Koalition ein Sofortprogramm für Heimat und Brauchtum auf.“

Gesundheit & Soziales

Unsere Arbeit für Gesundheit

- Landarztquote weitergeführt für eine bessere medizinische Versorgung des ländlichen Raums
- Virtuelles Krankenhaus eingeführt, um auch in der Corona-Krise die medizinische Versorgung auf hohem Niveau zu haben

Das Nordrhein-Westfalen-Programm

- 1 Mrd. Euro als Investitionsprogramm für Krankenhäuser und Pflegeschulen
- 1 Mrd. Euro als Investitionsprogramm für Universitätskliniken
- Zukunftsprogramm Krankenhäuser: 900 Mio. Euro vom Bund, die mit 270 Mio. Euro aus Landesmitteln ergänzt werden



Karl-Josef Laumann

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

„Die aktuelle Corona-Krise hat eindrücklich gezeigt, dass die stationäre Gesundheitsversorgung eine zentrale öffentliche Infrastruktur der Daseinsvorsorge darstellt, die erhalten und ausgebaut werden muss. Für die Krankenhäuser und eine gute Patientenversorgung wichtig – um nicht zu sagen essentiell – sind aber vor allem auch (kleinere) Investitionen wie Modernisierungen und energetische Sanierungen.“

Um dem bestehenden Investitionsstau bei den Krankenhausträgern entgegenzuwirken, stellt das Land NRW zusätzlich 1 Mrd. Euro innerhalb eines Sonderförderprogramms aus dem Rettungsschirm zur Verfügung. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich aus Landesmitteln. Die Kommunen werden von ihrem üblichen Anteil von 40 Prozent bei der Krankenhausinvestitionsförderung entlastet. Dies entspricht rund 400 Mio. Euro.

Zusätzlich wurde auf Bundesebene ein Zukunftspaket für die Krankenhäuser vereinbart. Hier wird voraussichtlich stark in Digitalisierung, Robotik, Hightech Medizin sowie IT- und Cybersicherheit investiert werden. Dies wird die Qualität der Versorgung deutlich stärken.“



Peter Preuß

Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales

„Für eine gute Gesundheitsversorgung der Bevölkerung vor Ort werden leistungsfähige Krankenhausstrukturen benötigt. In diesem Jahr liegen die Gesamtausgaben für die Krankenhausförderung in Nordrhein-Westfalen bei rund 760,6 Mio. Euro.“

Das Hausarztaktionsprogramm leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der wohnortnahen hausärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen und in kleineren Kommunen. Hierfür stellt die NRW-Koalition in diesem Jahr insgesamt 2,5 Mio. Euro zur Verfügung. Auch die Landarztquote, die Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland eingeführt hat, soll einer drohenden ärztlichen Unterversorgung in ländlichen Regionen entgegenwirken.

Im Sozialbereich ist die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit ein wichtiges politisches Anliegen der NRW-Koalition. Für den Wohnungslosenbereich hat der Landtag die Haushaltsmittel für 2019 um 3 Mio. Euro auf 4,8 Mio. Euro aufgestockt. Für dieses Jahr wurden die Mittel nochmals erhöht, nämlich auf 6,8 Mio. Euro. Mit der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ sollen Wohnungsverluste vermieden und wohnungslose Menschen schneller und besser mit Wohnraum versorgt werden.“

Kultur

Unsere Arbeit für Kultur

- Erhöhung des Kulturhaushalts bis 2022 auf 300 Mio. Euro (Steigerung um 50 Prozent)
- Sonntagsöffnungen von Bibliotheken
- Förderung für Kultureinrichtungen im ländlichen Raum, sogenannte „Dritte Orte“
- Verbesserte Förderung kommunaler Theater und Orchester

Das Nordrhein-Westfalen-Programm

- 185 Mio. Euro zur Stärkung der Kultureinrichtungen
- Hilfen für Künstlerinnen und Künstler



Isabel Pfeiffer-Poensgen

Ministerin für Kultur und Wissenschaft

„Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die NRW-Koalition 2017 war ein klares Bekenntnis zur Bedeutung der Kultur in NRW verbunden. Der Kulturetat steigt bis 2022 um 50 Prozent und ermöglicht eine „Stärkungsinitiative Kultur“, die sich schrittweise auf alle Sparten erstreckt und auch den Kommunen zugutekommt.“

Die Förderung der kommunalen Theater und Orchester haben wir neu ausgerichtet. Die erheblich aufgestockte Basisförderung wurde um den Wettbewerb „Neue Wege“ ergänzt, mit dem wir in kommunalen Theatern und Orchestern über drei Jahre Entwicklungsfreiräume für künstlerische Exzellenz und die Stärkung besonderer Profile fördern. Die Aufwüchse über die gesamte Legislaturperiode addieren sich auf 90 Mio. Euro. Kommunalen Museen geben wir mit einer signifikanten Mittelerhöhung für Ankaufsvorhaben und Ausstellungsprojekte die Möglichkeit, ihren Kernaufgaben nachzukommen und ihr Profil zu schärfen. Darüber hinaus schaffen 25 neue Forschungsvolontariate aus Landesmitteln Freiräume für die wissenschaftliche Bearbeitung der Sammlungen.

Mit dem neuen Förderprogramm „Dritte Orte“ stärken wir die kulturelle Infrastruktur in ländlichen Regionen. Wir regen die lokalen Akteure dazu an, sich zu vernetzen und Potenziale zu bündeln, um lebendige soziale und kulturelle Orte zu schaffen. Das Programm ist mit knapp 10 Mio. Euro dotiert.

Mit neuen Ideen und einer starken finanziellen Basis bauen wir auch die Angebote der kulturellen Bildung aus und entwickeln die Förderung für Literatur, Bibliotheken und Archive weiter. Durch das Bibliotheksstärkungsgesetz und ein neues Förderprogramm zur Ausgestaltung der Sonntagsöffnung werden die öffentlichen Bibliotheken als Kultur- und Begegnungsorte gestärkt.“



Bernd Petelkau

Sprecher für Kultur

„Die vielfältige Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen ist in besonderem Maße von der Pandemie betroffen: Schließungen und Auftrittsverbote treffen fast alle Sparten, bedrohen etablierte Strukturen und gefährden persönliche Existenzen. Deshalb hat die NRW-Koalition bereits im März ein landeseigenes Hilfspaket für die betroffenen Künstlerinnen und Künstler aufgelegt. Es folgten zahlreiche weitere Maßnahmen zur Unterstützung kommunaler Einrichtungen, aber auch zur Förderung der Freien Szene. So ist z.B. ein zusätzliches Programm zum Erhalt von Privattheatern aufgelegt worden.“

Da der Großteil der kulturellen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen in kommunaler Trägerschaft liegt, wirkt sich auch die finanzielle Entlastung der Kommunen durch das Landespaket positiv aus. Ergänzend sieht das Nordrhein-Westfalen-Programm der Landesregierung einen zusätzlichen Förderblock „Kultur“ in Höhe von 185 Mio. Euro vor. Schwerpunkte dieser Maßnahme werden Anreize zur Durchführung kultureller Veranstaltungen sowie eine individuelle Künstlerförderung sein.

Die aktuellen Fördermaßnahmen knüpfen nahtlos an das Ziel der NRW-Koalition an, Kultur wieder sichtbar zu machen. Mit der Schaffung eines eigenständigen Kulturministeriums und der deutlichen Ausweitung der Haushaltsmittel wurden bereits seit 2017 wichtige Grundlagen geschaffen.“

Sport & Umwelt

Unsere Arbeit für Sport

- Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ gibt 300 Mio. Euro für die Sporthallen und Sportvereine in Nordrhein-Westfalen
- Seit 2017 wurde die Sportpauschale um fast 8 Mio. Euro erhöht

Unsere Arbeit für Natur und Umwelt

- 100 Mio. Euro in den kommenden zehn Jahren für die Aufforstung unserer Wälder
- Neues Landesjagdgesetz mit weniger Bürokratie und nachhaltige und waidgerechte Hege und Pflege
- Fahrverbote in Nordrhein-Westfalen verhindert
- Förderung des Artenschutzes



Jens Nettekoven

Sprecher für Sport

„Wir haben uns beim Regierungswechsel klar zu Nordrhein-Westfalen als Sportland Nr. 1 bekannt. Diesem Bekenntnis haben wir mit dem Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ Taten folgen lassen. Nach Jahren des Stillstands fließen jetzt 300 Mio. Euro in die Sportinfrastruktur der Kommunen. Damit können die Sportvereine endlich aus dem lähmenden Schatten des Investitionsstaus unter Rot-Grün heraustreten und mit der Sanierung ihrer Sportstätten beginnen. Zu den Gewinnern gehören die Vereinsmitglieder und Nordrhein-Westfalens Kommunen, die mit einer modernen Sportstätteninfrastruktur künftig attraktive gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten anbieten können. Die NRW-Koalition hat die Sportpauschale erstmals seit 2009 erhöht. Diese Maßnahme führt zu positiven Effekten.“

Auch bei der konzeptionellen Erweiterung des Sportangebots haben wir mit dem Projekt „Sportplatz Kommune“ die Weichen für eine wirksame Unterstützung der Kommunen gestellt. Teilnehmende Kommunen erhalten eine finanzielle Maßnahmenförderung, um innovative Sportangebote lokal zu etablieren.“



Bianca Winkelmann

Sprecherin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

„Dieselfahrverbote in den Großstädten und Waldschäden im ländlichen Raum: Die Probleme im Umweltbereich könnten je nach Kommune kaum unterschiedlicher sein. Und doch geht es bei allem Kontrast in beiden Fällen um saubere Luft und den Schutz unserer Umwelt.“

Seit Beginn arbeitet die NRW-Koalition daran, Fahrverbote in unseren Innenstädten zu verhindern und die rot-grünen Versäumnisse aufzuholen. Mit Konsequenz, Dialogbereitschaft und einem Bündel von Maßnahmen ist es NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser nach und nach gelungen, zwischen Land, Kommunen und der Deutschen Umwelthilfe Vergleiche zur Umsetzung der Luftreinhaltepläne in den Städten zu erzielen. Fast unbeachtet von der Bevölkerung konnten hier wichtige Erfolge zugunsten von Pendlern, Einzelhandel und Handwerkern erreicht werden.

Eine anderes Thema sind unsere Wälder, die nach Dürre, Borkenkäferbefall und Stürmen in einem schlechten Zustand sind. 100 Mio. Euro steckt das Land in den kommenden zehn Jahren in die Aufforstung unserer Wälder, viele davon sind in kommunaler Hand. Weitere 700 Mio. für die deutschen Wälder enthält das Konjunkturprogramm des Bundes. Hier zeigt sich einmal mehr, dass die CDU sowohl Stadt als auch Land im Blick hat.“

Familie & Bildung

Unsere Arbeit für Familien

- Kitaplatz-Ausbau-Garantie
- Wir haben Familienzentren fortlaufend und massiv ausgebaut sowie die Förderung erhöht: 2019 150 neue Zentren im ganzen Land eröffnet.
- Kita-Rettungspakete in Höhe von fast 1 Mrd. Euro

Unsere Arbeit für Bildung

- Rückkehr von G8 zu einem neuen G9: 518 Mio. Euro für investive Kosten der Schulträger, für wiederkehrende Kosten werden in den Jahren 2024 bis 2026 7,76 Mio. Euro gezahlt, danach 27,9 Mio. Euro
- 20 Mrd. Euro Bildungsetat für 2020

Das Nordrhein-Westfalen-Programm

- Deutliche Investitionen in die Digitalisierung der Schulen: Verstärkung der digitalen Weiterbildung der Lehrkräfte und Zurverfügungstellung der digitalen Lernplattform Logineo für den Unterricht zu Hause
- Aufstockung der Mittel aus dem Digitalpakt: von den insgesamt 381 Mio. Euro stammen 260 Mio. Euro aus Landesmitteln



Jens Kamieth

Sprecher für Kinder, Familie und Jugend

„Familie bedeutet gelebte Vielfalt, gibt Halt und macht Mut. Deshalb setzt die CDU auf eine offensive Familienförderung. Auch wenn es um die Interessen unserer Familien, Kinder und Jugendlichen geht, sind wir Partner an der Seite unserer Kommunen. Gemeinsam mit dem Bund und der kommunalen Familie stärken wir unsere Kitas, Kindertagespflege und die frühkindliche Bildung für alle. Denn ab dem Kita-Jahr 2020/21 investieren wir gemeinsam jährlich 1,3 Mrd. Euro zusätzlich in das System der Kindertagesbetreuung. Das ist eine Investition in die Zukunftschancen unserer Kinder und stärkt das Kraftzentrum Familie.“

Damit junge Familien einen guten Start in ihre gemeinsame Zukunft haben, bauen wir außerdem das Netz unserer Familienzentren konsequent weiter aus. Zuletzt um 150 zusätzliche Einheiten in ganz Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig stellen wir Familienzentren noch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung. Damit stärken wir die kommunale Vernetzungs- und Unterstützungsarbeit und fördern Familienfreundlichkeit vor Ort.“



Frank Rock

Sprecher für Schule und Bildung

„Das Versprechen, unseren Kindern den Aufstieg unabhängig von der Herkunft der Eltern zu ermöglichen, ist handlungsleitendes Motiv unserer Bildungspolitik. Dazu investieren wir in ein vielfältiges und hochwertiges Schul- und Bildungsangebot. Die kommunale Familie als größter Schulträger des Landes ist hierbei ein sehr wichtiger Partner.“

Im Rahmen der Leitentscheidung für das neue neunjährige Gymnasium (G9) hat sich die NRW-Koalition in enger Abstimmung mit den Kommunen frühzeitig dazu bekannt, den finanziellen Ausgleich der wesentlichen Belastungen, die sich für die Kommunen als Schulträger ergeben, zu erstatten.

Das erfolgreiche Programm „Gute Schule 2020“ stellt noch bis Ende des Jahres 2021 Mittel für steigende Digitalisierungsanforderungen zur Verfügung.

Die Landesregierung legt für diesen Sommer zwei zusätzliche Ferienprogramme auf. Die Angebote richten sich an Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie solche aus sozial benachteiligten Familien. Insgesamt stellt die NRW-Koalition dafür 75 Mio. Euro bereit.

Mit dem Nordrhein-Westfalen-Programm gibt das Land Geld für die digitale Weiterbildung der Lehrkräfte. Sie werden mit digitalen Endgeräten und geeigneter Software ausgestattet, ebenso wie Schülerinnen und Schüler, bei denen ein besonderer Bedarf zum Ausgleich sozialer Ungleichgewichte besteht.“



Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

Alte Schulden, neue Chancen und ein gebrochenes Versprechen.

Was hatten sie uns nicht alles versprochen, die SPD und die GRÜNEN. Die „konstruktive Begleitung“ der Arbeit der Landesregierung und die „konstruktive Mitarbeit“ zur Bewältigung der riesigen Herausforderung durch die CORONA-Epidemie. Versprochen in der Sondersitzung des Landtages am 24. März. Exakt drei Monate später, am 24. Juni, kommt der Landtag, erstmals wieder vollständig, zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Von „konstruktiver Mitarbeit“ ist längst nicht mehr die Rede. Es wird genörgelt und bejammert, dass Dinge wahlweise zu lange gedauert haben, zu spät erledigt wurden, nicht ausreichend waren oder dann wiederum zu schnell erfolgten. Dabei ging und geht es der Opposition mit ihrer Fundamentalkritik schlicht um eines: Deutlich zu machen, dass sie es ganz bestimmt besser gemacht hätte.

Ich habe von meinen Eltern und Großeltern gelernt: Wenn man in einer schwierigen Situation steckt, wenn es hart auf hart kommt, dann hilft man sich. Dann wirft man nicht denjenigen, die versuchen, nach besten Kräften aus dieser Situation herauszukommen, auch noch Knüppel zwischen die Beine.

Genau aus diesem Grunde heraus ist das Verhalten von SPD und GRÜNEN schäbig und lässt vor allem eines vermissen: den An-

stand, in einer immer noch als historisch zu bezeichnenden Notlage unseres Landes als Parlament, als Parteien, als Fraktionen erkennbar zusammenzuhalten.

Das gilt auch für ein weiteres Thema, die Lösung für die Altschulden unserer Kommunen. Mit einem Altschuldenfonds, so die Argumentation der SPD, hätten die finanziellen Probleme der Städte und Gemeinden endlich ein Ende. „Altschulden abschaffen“, forderte SPD-Fraktionschef Kutschaty und findet in der CDU den Schuldigen, der blockiert. Und in der Tat, mit der von Bundesfinanzminister Scholz vorgeschlagenen Lösung hätten wenige NRW-Kommunen rund 300 Mio. Euro für Zins und Tilgung erhalten. Dumm nur für die SPD, dass die CDU eine bessere Lösung gefunden hat. Eine, die auch noch Ursachen für die Aufnahme von Schulden beseitigt. Der Bund übernimmt weitere 25 Prozent der Sozialkosten (KdU) für alle Kommunen! Ein Plus von mehr als 1 Mrd. Euro in den Kassen unserer Städte und Gemeinden. Neue Chancen ab 2021, Jahr für Jahr.

Dieser Erfolg unseres Ministerpräsidenten Armin Laschet bei den Verhandlungen in Berlin zeigt: Auf die CDU kann man sich auch in schwieriger Zeit verlassen!

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer: Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Stephanie Feck, Joschka Thiel, Susann Kobienia, Juliane Kinast, Dirk Herrmann, Sarah Katharina Wolpers, Jacqueline Winkler | **Kontakt und Website:** www.cdu-fraktion.nrw | **Bilder:** Shutterstock, CDU-Fraktion (Joschka Thiel)

Wer kandidiert wo?

Unsere (zukünftigen) Oberbürgermeister und Landräte *

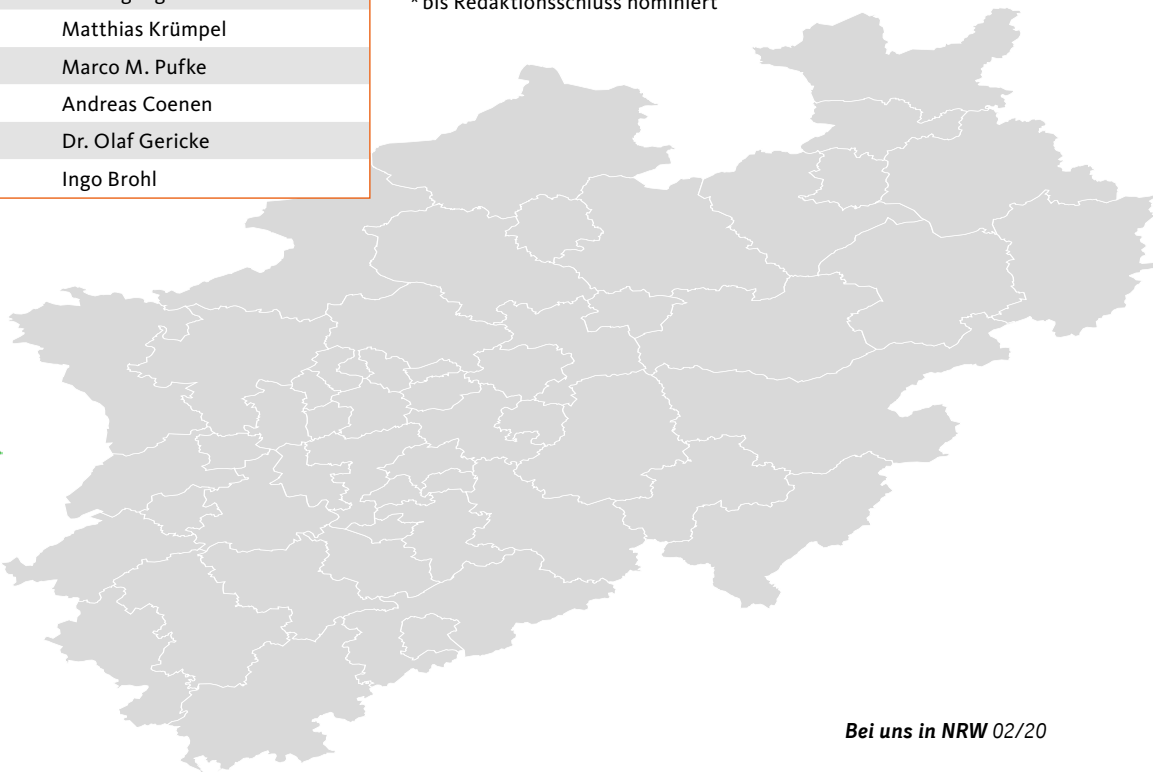
Kandidaten für das Amt des Landrats

| | |
|-----------------------------|----------------------------------|
| Borken | Dr. Kai Zwicker |
| Coesfeld | Dr. Christian Schulze Pellengahr |
| Düren | Wolfgang Spelthahn |
| Ennepe-Ruhr | Oliver Flühöh |
| Euskirchen | Johannes Winckler |
| Heinsberg | Stephan Pusch |
| Herford | Dorothee Schuster |
| Hochsauerlandkreis | Dr. Karl Schneider |
| Höxter | Michael Stickeln |
| Kleve | Silke Gorißen |
| Lippe | Jens Gnisa |
| Märkischer Kreis | Marco Voge MdL |
| Mettmann | Thomas Hendele |
| Minden-Lübbecke | Anna Katharina Bölling |
| Oberbergischer Kreis | Jochen Hagt |
| Olpe | Theo Melcher |
| Paderborn | Christoph Rütter |
| Recklinghausen | Bodo Klimpel |
| Rhein-Erft-Kreis | Frank Rock |
| Rhein-Kreis Neuss | Hans-Jürgen Petruschke |
| Rhein-Sieg-Kreis | Sebastian Schuster |
| Siegen-Wittgenstein | Arne Fries |
| Soest | Eva Irrgang |
| Steinfurt | Matthias Krümpel |
| Unna | Marco M. Pufke |
| Viersen | Andreas Coenen |
| Warendorf | Dr. Olaf Gericke |
| Wesel | Ingo Brohl |

Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Aachen | Harald Baal |
| Bielefeld | Ralf Nettelstroht |
| Bochum | Christian Haardt |
| Bonn | Ashok Sridharan |
| Dortmund | Dr. Andreas Hollstein |
| Duisburg | Thomas Mahlberg |
| Düsseldorf | Stephan Keller |
| Essen | Thomas Kufen |
| Gelsenkirchen | Malte Stuckmann |
| Hagen | Erik O. Schulz |
| Hamm | Thomas Hunsteger-Petermann |
| Herne | Timon Radicke |
| Köln | Henriette Reker |
| Krefeld | Kerstin Jensen |
| Leverkusen | Frank Schönberger |
| Mönchengladbach | Frank Boss MdL |
| Mülheim a.d. Ruhr | Marc Buchholz |
| Münster | Markus Lewe |
| Oberhausen | Daniel Schranz |
| Remscheid | Alexa Bell |
| Solingen | Karsten Becker |
| Wuppertal | Prof. Dr. Uwe Schneidewind |

* bis Redaktionsschluss nominiert



**Im Bild: Paul Ziemiak im Gespräch
mit Bürgern im September 2019
(Fotograf: Steffen Böttcher)**



Zusammenhalt aus Verantwortung seit 75 Jahren

Von Paul Ziemiak

Wenn wir unsere christdemokratische Geschichte betrachten, kehren wir auch an die Stätten des Geschehenen und Erreichten zurück. Manchmal ist es eine Rückkehr in Gedanken, vor unserem geistigen Auge, manchmal sind wir wirklich zu Besuch in der Vergangenheit und treten ein. Gerade Nordrhein-Westfalen ist reich an solchen Erinnerungsorten. Ich denke an Rhöndorf mit dem Haus von Konrad Adenauer und das Düsseldorfer Ständehaus, wo die wirtschaftspolitischen Leitsätze formuliert wurden; ich denke an das Apollo-Theater in Siegen, den Gründungsort des Evangelischen Arbeitskreises, und natürlich an das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, die Bundesgeschäftsstelle als sichtbares Zeichen der Modernisierung in den siebziger Jahren. Und ich denke an die Grugahalle in Essen, die gleich zweimal Historisches erlebt hat. Dort war unser 33. Bundesparteitag 1985, dessen frauenpolitischen Leitsätze Helmut Kohl „zu den wichtigsten programmatischen Errungenschaften in der Geschichte der Partei“ zählte. Und dort war, 15 Jahre später, ein zweiter, ebenso unvergessener Parteitag, jener, auf dem die Christlich Demokratische Union Deutschlands Angela Merkel zur Vorsitzenden gewählt hat.

All diese Orte und viele andere zeigen uns, woher wir als Union kommen und wie wir dorthin gelangt sind, wo wir heute stehen. Diese Orte sind zugleich deutsche Wegmarken. Denn die Ge-

schichte der CDU ist eng verbunden mit der Geschichte unseres Landes. Unser Anspruch als CDU darf es jedoch nicht allein sein, historische Orte zu bewahren, die uns etwas bedeuten, und die Erinnerung an sie zu pflegen. Wir müssen stets danach streben, neue Orte der Erinnerung zu erschaffen; Orte, die eines Tages unsere Kinder und Enkel besuchen, um zu sehen, zu hören und zu spüren: Hier hat die CDU wieder einmal Zukunft gestaltet. Hier hat sie Geschichte geschrieben. Hier ist christdemokratischen Frauen und Männern etwas Außergewöhnliches, etwas Entscheidendes gelungen.

Nach unserem Selbstverständnis sind wir die politische Gestaltungskraft. Unser Handeln ist nie Selbstzweck. Vielmehr nehmen wir Veränderungen wahr und Herausforderungen an. Das bedeutet: Wir sind programmatisch auf der Höhe der Zeit und entwerfen eine Perspektive für unser Land. Dies war und das ist unser Erfolgsrezept. Gerade jetzt – inmitten einer historischen Krise, die noch lange nicht überstanden ist – sind wir gefordert. Denn wenn es drauf ankam, war auf die CDU immer Verlass. CDU hieß immer und heißt bis heute: Wir meistern Krisen und gestalten die Zukunft.

Unser Land braucht in diesen Tagen und Wochen Sicherheit und Zuversicht. Jede Familie. Jede Kommune. Jedes Unternehmen.

Junge und alte Menschen. Diese Sicherheit und diese Zuversicht zu stärken – das ist unsere Aufgabe jetzt. Und das tun wir mit einer Politik, die sich nicht wegduckt, sondern anpackt und verantwortungsvoll entscheidet. Wir haben die Verantwortung, und wir übernehmen die Verantwortung – auch und erst recht in schwierigen Zeiten. Und das tun wir mit einem umfangreichen Konjunktur- und Zukunftspaket. Es ist ein echtes Kraftpaket für Deutschland in seiner ganzen Breite und Vielfalt. Wir wollen Investitionen in Zukunftstechnologien und in Klimaschutz. Zugleich kämpfen wir für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Industrie. Genau das verstehen wir unter Zusammenhalt aus Verantwortung.

Denn zu uns gehört auch immer die christdemokratische Zukunftsperspektive, die an der Seite des Krisenmanagements steht. Wir fragen uns: Wie gelingt Zusammenhalt in zehn, in 20 oder 30 Jahren? Wie bewahren wir unseren Wohlstand? Und deshalb ist für uns auch klar: Wir müssen heute aus dieser Corona-Krise die richtigen Lehren ziehen, damit unser Land morgen besser wird und am Ende des Jahrzehnts stark bleibt.

Wir sind die Partei des UND – das ist das U in CDU. Wir haben den Anspruch an uns selbst, alles abzudecken, die ganze Gesellschaft in ihrer Vielfalt und Einzigartigkeit. Wir nennen es Zusammenhalt aus Verantwortung. Dieses Ziel einte Christdemokratinnen und Christdemokraten schon vor 75 Jahren. Sie zogen die Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik und dem Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus. Sie waren bereit, das Trennende hinter sich zu lassen und einander die Hand zu reichen: Katholiken, Protestanten und Juden genauso wie Konfessionslose, Frauen und Männer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Ihre politische Heimat wurde die Christlich Demokratische Union.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen prägten zwei ganz besondere Christdemokraten die Anfänge der Partei mit: Da war Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler und erste Vorsitzende unserer Partei. Und da war Karl Arnold, der erste Ministerpräsident des Landes. Rheinischer Verwaltungsjurist aus bürgerlichem Hause der eine, schwäbischer Gewerkschafter aus einfachen Verhältnissen der andere: Ja, Konrad Adenauer und Karl Arnold stammten aus verschiedenen Lebenswelten. Jeder von ihnen hatte eigene politische Vorstellungen, eine eigene visionäre Kraft; jeder von ihnen war damit seiner Zeit oft genug voraus. Und doch waren sie beide, der eine wie der andere, Christdemokraten aus Fleisch und Blut. Bis heute verehren wir sie.

Und auch über die folgenden Jahrzehnte haben immer wieder Christdemokratinnen und Christdemokraten aus NRW unser Land und unsere Partei geprägt. Die großen Namen vieler Frauen und Männer von Rhein und Ruhr stehen unauslöschlich in den Geschichtsbüchern. Deshalb bin ich stolz darauf, diesem starken Landesverband anzugehören. Ich bin aber auch deshalb stolz,

weil ich sehe: Die Union hier in NRW weiß um ihre Verdienste – und sie strebt stets nach neuen Verdiensten. Sie kennt ihre Geschichte – und sie will sie weitererzählen. Sie hat erfolgreiche Frauen und Männer hervorgebracht – und sie hat dies auch weiter vor.

Ich weiß: Die CDU NRW hat den Mut und die Neugier, die es dafür braucht. Wir gemeinsam haben den Mut und die Neugier! Mut bedeutet für mich: Wir wagen Neues, schwimmen auch mal gegen den Strom, sind unbequem und bereit, das Unerwartete zu tun. Und genauso brauchen wir die Neugier. Neugier ist zuallererst ein fester Glauben daran, dass es eine Zukunft gibt, die besser ist als der Status Quo. Wir müssen sie nur finden. Und dann auch einlösen, was sie verspricht.

So war es vor 75 Jahren, als die Kölner Leitsätze formuliert wurden. Damals im Juni 1945 waren die Herausforderungen ganz andere als heute, aber die christdemokratische Zukunftsperspektive bereits absolut klar: „Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist. Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.“

Bis heute stehen wir Christdemokraten für eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das ist unser christliches Menschenbild. Das ist das C in unserem Namen. Und dieses C ist so viel mehr als ein Buchstabe. Es steht dafür, Menschen nicht zu kategorisieren, nicht zu beurteilen, nicht zu bewerten. Wir sehen immer den einzelnen Menschen und machen Politik für alle Menschen. Denn so entsteht Zusammenhalt, so können wir gemeinsam in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit leben.

Ob Zusammenhalt gelingt, entscheidet sich zuallererst in den Städten und Gemeinden. Dafür braucht es Frauen und Männer, die vor Ort Verantwortung übernehmen wollen. Bei der Kommunalwahl am 13. September werden sich auch Mitglieder der CDU darum bewerben, diese Verantwortung übernehmen zu dürfen. Wir werden gemeinsam für ein gutes Ergebnis kämpfen. Und ich bin überzeugt: Wenn wir mit voller Kraft und Überzeugung unsere Kandidatinnen und Kandidaten unterstützen, dann werden wir erfolgreich abschneiden und auch in Zukunft für eine verantwortungsvolle Politik vor Ort sorgen.

Zusammenhalt aus Verantwortung – darum ging es uns vor 75 Jahren, darum geht es uns heute, darum geht es uns auch in Zukunft. Darum geht es uns im Bund, in den Ländern, den Städten und Gemeinden. Und diesen Anspruch müssen wir einlösen, wenn wir als Volkspartei in Zukunft erfolgreich sein wollen. ■

Stresstest Corona

Lehren für unser Land und die Christdemokratie

Von Karl-Josef Laumann

Die Corona-Pandemie ist eine der größten Herausforderungen, die unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg bestehen muss. Sie verlangt uns allen viel ab. Freiheiten, die wir für unantastbar hielten, mussten eingeschränkt werden. Gewissheiten, die wir für unumstößlich hielten, wurden auf die Probe gestellt. Corona ist aber nicht nur für jeden Einzelnen eine Herausforderung. Die Pandemie ist ein einziger großer Stresstest. Einige Systeme bestehen diesen Test, andere scheitern. Meine Erkenntnis: Nach der Krise haben wir einige Baustellen, aber wir haben auch große Stärken – insbesondere dort, wo wir sie nicht unbedingt vermuten.

Das Gesundheitswesen

Als Gesundheitsminister habe ich zu Beginn der Krise gesagt, dass wir ein leistungsfähiges, technisch gut ausgestattetes Gesundheitswesen mit motivierten und hervorragend ausgebildeten Fachkräften haben. Diese Aussage betrachte ich als bestätigt. Die im europäischen Vergleich hohe Zahl an Intensivbetten und Laborkapazitäten für Testungen und die gottlob bislang vergleichsweise geringen Todeszahlen sind hier ganz objektive Belege.

Nur schwer messbar – außer vielleicht an der Überstundenstatistik – ist der außergewöhnliche Einsatz der Beschäftigten in den Krankenhäusern und in der Pflege. Ich kann an dieser Stelle allen Beschäftigten im Gesundheitswesen nur meinen ausdrücklichen Dank dafür aussprechen, was sie bislang geleistet haben.

Denn Corona hat auch gnadenlos Schwachstellen offengelegt: Wir haben nach wie vor zu wenig Pflegekräfte – und das ganze System wird kräftig durchgeschüttelt, wenn vergleichsweise günstige Artikel wie Schutzmasken fehlen.

Die Globalisierung

Hier werden wir nach der Krise unsere Schlüsse ziehen müssen. Im Juni habe ich als ersten Schritt den Grundstein für ein landeseigenes Materiallager gelegt, das uns im Falle einer zweiten Infektionswelle vor einem Mangel an Schutzausrüstung bewahren soll. Mein Ministerium hat in den letzten Monaten Schutzmaterial für rund 500 Millionen Euro bestellt. Zur Einordnung: Für dieses Geld kann man fünf gute Krankenhäuser bauen.

Zur Wahrheit gehört auch: Wir haben im Zuge der Globalisierung vielfach größere Erträge durch Auslagerung von Produktion ins Ausland und eine „Just-in-Time“-Lagerhaltung gewonnen. Dieses System ist durch Corona an seine Grenzen geraten.

Ich bin davon überzeugt, dass wir nach Corona nicht nur staatliche, sondern vor allem auch größere private Lager für systemkritische Ausrüstung brauchen. Auch müssen wir Europäer einen Teil der Schutzausrüstungsproduktion in die EU zurückverlagern. Gleiches gilt für die Produktion von Schlüsselmedikamenten. Die Globalisierung – und die damit verbundenen ständigen Wohlstandsgewinne durch Arbeitsteilung – dürfte ihren Höhepunkt überschritten haben.

Das Subsidiaritätsprinzip

Viele Menschen – zumindest legt das die Kritik durch die Medien nah – hätten sich gerne eine einheitliche nationale Strategie zur Bekämpfung von Corona gewünscht. Vielleicht hätten bundesweit einheitliche Regelungen es leichter gemacht, die Vielzahl von Schutzmaßnahmen zu kommunizieren. Ich persönlich glaube aber nicht, dass wir damit unter epidemischen Gesichtspunkten besser dastehen würden.

In meinen Augen hat sich die Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen in dieser Krise bewährt. Bei der Frage, warum Deutschland bislang erfolgreich durch die Krise navigiert ist, kann man die Rolle unserer subsidiären Strukturen kaum überschätzen. Teil der Erfolgsstrategie war, dass die Entscheidungen vor Ort getroffen wurden und nicht zentral aus Berlin



oder Düsseldorf. Da, wo stärkere Durchgriffsrechte höherer Ebenen notwendig waren, konnten diese durch zeitlich begrenzte und parlamentarisch kontrollierte Pandemiegesetze schnell etabliert werden. Auch hier sehe ich einen Erfolg unseres politischen Systems.

Dennoch ist es richtig, dass ein Großteil der Pandemiebekämpfung in der Entscheidungshoheit der Kommunen liegt. Und um eines klar zu sagen: Die Kommunen und ihre Krisenstäbe, Ordnungs- und Gesundheitsämter haben eine großartige Arbeit geleistet. Corona hat ein Schlaglicht auf die vielfältige Arbeit dieser Behörden geworfen. Ich habe kürzlich gehört, dass einige Gesundheitsämter sich sogar über deutlich gestiegene Bewerberzahlen freuen können. Wenn die Pandemie die Wertschätzung für die Arbeit unserer Ämter erhöht, dann ist das ein sehr positiver Nebeneffekt.

Die systemrelevanten Berufe

Die Beschäftigten in unseren Gesundheitsämtern können sich, vermutlich zu Recht, über mangelnde öffentliche Wertschätzung beklagen – insgesamt aber nicht über geringe Bezahlung oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Dies ist in vielen anderen Berufen, die wir in der Corona-Pandemie als „systemrelevant“ erkannt haben, nicht der Fall. Ich hoffe, dass die Krise auch aufzeigt, in welchen Verhältnissen viele Menschen arbeiten, die das System am Laufen hielten, als auch bei uns die Situation Spitz auf Knopf stand.

Wenn ich sehe, dass in der Pflege bis heute keine 50 Prozent der Arbeitgeber Tarifverträge unterschrieben haben, dann ärgert mich das.

Wenn in Berlin beim gemeinsamen Bundesausschuss Ärzte, Kassen und Krankenhäuser an einem Tisch sitzen, um zu diskutieren, wo das Gesundheitssystem hinsteuert, und die Pflege hat keine Stimme, dann ärgert mich das.

Wenn ich immer wieder höre, wie schlecht das Sozialprestige von den Menschen ist, die im Supermarkt hinter Kassen und Theken stehen, obwohl sie oftmals eine anspruchsvolle duale Ausbildung absolviert haben, dann ärgert mich das.

Wenn wir laut für diese Menschen klatschen, aber am Ende unserer Gesellschaft die Kraft fehlt, etwas an der Situation in diesen Berufen zu ändern, dann ärgert mich das. Aber vielmehr noch macht es mich traurig.

Hier müssen wir ran. Die Wertschätzung für wesentliche Eckpfeiler unserer Gesellschaft darf sich nicht nur in schönen Sonntagsreden ausdrücken. Sie muss sich ganz real auch in der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen zeigen.

Die Fleischindustrie

Ein Treppenwitz im Zusammenhang mit der Systemrelevanz bestimmter Berufe ist die – tatsächlich geführte – Diskussion gewesen, ob man mit Corona infizierte Arbeitnehmer in Schlachthöfen arbeiten lassen kann. Schließlich seien diese Betriebe ja auch systemrelevant.

Mein Ministerium hat diese Frage nach einem Ausbruch in einem Schlachthof in Coesfeld eindeutig mit „Nein“ beantwortet. Wir haben die bis dahin größte Reihentestung in Deutschland veranlasst und rund 18.000 Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalens Schlachthöfen auf Corona getestet. Insgesamt waren 418 Menschen in acht Betrieben infiziert. Jenseits der Grenze hat mein niederländischer Amtskollege ähnliche Testungen und Kontrollen mit ähnlichen Ergebnissen durchführen lassen. Ein weiterer, erheblich größerer Corona-Ausbruch in einem Schlachthof in Rheda-Wiedenbrück Mitte Juni bestätigte schlussendlich meine Überzeugung: Die Branche ist aus sich selbst heraus nicht reformierbar.

In meinen Augen hat die Schlachtindustrie den Stresstest nicht überstanden. Sie hat nicht vor dem Hintergrund gesteigener Erwartungen an Hygiene-, Infektions- und Arbeitsschutz entsprechend reagiert. Sie hielt stattdessen am werkvertragsgetriebenen System des organisierten Wegschauens fest.

Ich habe es bereits im Landtag gesagt und ich will es auch hier noch einmal klipp und klar sagen: Die Missstände in der Fleischbranche waren seit Jahren bekannt. Die Branche hat seit Jahren Besserung gelobt. Man hat zwar auch den Mindestlohn in der Branche eingeführt und das GSA Fleisch-Gesetz verabschiedet. Doch nach all diesen Jahren muss man nüchtern feststellen: Es hat sich so gut wie nichts an den grundlegenden Problemen geändert. Hier ist für mich jegliches Vertrauen verspielt worden.

Deshalb ist es nur folgerichtig, dass die Bundesregierung nun ein weitreichendes Paket vorgelegt hat, um die Situation der Beschäftigten in den Schlachtbetrieben zu verbessern. Was mich besonders freut ist, dass sie dabei zahlreiche Vorschläge meines Ministeriums aufgriff.

Das christliche Menschenbild

Corona ist nicht zuletzt auch ein Stresstest für die Gesellschaft. Dass Deutschland bislang so gut durch die Krise gekommen ist, verdankt es auch der Besonnenheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Diese beweisen großen Zusammenhalt und das, obwohl wir uns nicht einig waren, wie die Krise bestmöglich zu meistern ist. Einige fanden unsere Maßnahmen zu lasch, andere zu streng. Einigen gingen die Öffnungen zu schnell, anderen zu langsam. Wir haben gemeinsam diskutiert, aber wir haben uns nicht auseinanderdividieren lassen. Und letztlich gab es einen großen gesellschaftlichen Konsens: Menschenleben wiegen mehr als wirtschaftliche Belange.

Als Christdemokrat bestätige ich das einmal mehr in meiner Überzeugung: Die Menschen sind viel besser, als die Pessimisten vermuten. Sie sind solidarisch, hilfsbereit und in der Krise besonnen, sogar dann, wenn sie existenzielle Ängste haben. Dies lässt mich am Ende zu dem Schluss kommen, dass wir als Politik der Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich mehr zutrauen sollten. Denn die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben den Stresstest Corona bestanden. ■

12 Fragen an Dorothee Feller

Dorothee Feller, Jahrgang 1966, ist seit 2017 Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Münster. In der Behörde, die an ihren Standorten in Münster, Coesfeld und Herten die nordrhein-westfälische Landesregierung im Münsterland und der Emscher-Lippe-Region vertritt, war die Juristin zuvor unter anderem als Regierungsvizepräsidentin und Leiterin der Zentralabteilung tätig. In der CDU ist die gebürtige Dorstenerin in den Vorständen des Kreisverbands Münster sowie des Bezirksverbands Münsterland aktiv. Im September 2019 ist sie auf Vorschlag des Landesverbands der Frauenunion Nordrhein-Westfalen in den Bundesvorstand der Frauen Union der CDU Deutschlands gewählt worden.

Als Kind wollten Sie sein wie?

... meine großen Brüder

Wie sind Sie in die Politik gekommen

Ich bin in einer großen Familie aufgewachsen, in der das Engagement vor Ort großgeschrieben wurde, wie zum Beispiel in der Kirchengemeinde, bei Kolping, in Schützenvereinen, der Feuerwehr, im Blasorchester, im Chor, in Berufsverbänden und eben auch in der CDU.

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Es gibt nicht die „eine“ Person; ich schätze Persönlichkeiten, die es während ihres gesamten Lebens – trotz Höhen und Tiefen – geschafft haben, aufrecht, offen, empathisch, integer und gradlinig zu bleiben sowie Haltung gezeigt haben.

Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?

Neben vielen vor allem den Strukturwandel in unserer Emscher-Lippe-Region, dem nördlichen Ruhrgebiet!

Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?

Ich schätze Menschen, denen es um gute Lösungen auf der Sachebene geht und die nicht nur ideologisch an Themen herangehen. Eine solche Persönlichkeit ist für mich zum Beispiel der Vorsitzende der IGBCE, Michael Vassiliadis, mit seiner Haltung beim Kohleausstiegsprozess, für die er oft kritisiert wurde.

Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?

Mit Theater- und Konzertbesuchen, Laufen (gerne auch mal einen Marathon), Radtouren, Kochen mit Freunden, Familienbesuchen, umfangreicher Zeitungsektüre und Lesen

Was lesen Sie gerade?

Ich lese gerne verschiedene Bücher parallel; im Moment den Roman „Stern 111“ von Lutz Seiler, dem Träger des Leipziger Buchpreises 2020. In dem Buch geht um die Zeit zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung. Das zweite Buch ist „Thank you for Being Late“ von Thomas L. Friedman, ein optimistisches Handbuch für das Zeitalter der Beschleunigung – passt gerade gut in diese Krisenzeit.

Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?

Als Juristin sage ich: Es kommt drauf an. In Konzerten gerne Klassik, vor allem Holzblasinstrumente und Klavier; zu Hause gerne Soul und Pop.

Bei uns in NRW 02/20



Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?

Ich bin eindeutig keine „Fernsehguckerin“. Wenn, dann sehe ich sehr gezielt verschiedene Nachrichtensendung wie zum Beispiel das „heute journal“ oder die „Tagesthemen“. Einzige Ausnahmen: Die Übertragungen der Fußball Europa- und -weltmeisterschaften sowie den „Münster-Tatort“ bzw. „Wilsberg“.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Ja, und zwar hat unser Vater uns Kinder immer wieder ermutigt: „Nehmt das Leben nicht so schwer.“

Welche Themen liegen Ihnen in Ihrem Regierungsbezirk besonders am Herzen und was muss in den kommenden Jahren noch verbessert werden?

Als Bündelungsbehörde hat die Bezirksregierung Münster sich für ihre vielen zukunftsweisenden Themen 2020 das Schwerpunktziel „Ressourcen. Verantwortung“ gesetzt. Wir treiben unter anderem das Thema Wasserstoff für Industrie und Mobilität zusammen mit unseren Partnern wie IHK, HWK, Wirtschaftsförderer und DGB voran. Dazu sind in der Emscher-Lippe-Region schon viele Vorarbeiten geleistet worden. Gerade in diesem Themenfeld forcieren wir den Austausch mit den Niederlanden. Bei der Überarbeitung unseres Regionalplans sensibilisieren wir im Münsterland für die unterschiedlichen Ansprüche an die „Fläche“ und werben zugleich für den Ausbau erneuerbarer Energie. Unter dem Stichwort „Mobiles Münsterland“ begleiten wir die Kommunen eng und wollen die Emscher-Lippe-Region und das Münsterland auch innerhalb des ÖPNV näher zusammenbringen. Im Bereich Bildung wollen wir Schülerinnen und Schüler in ihrer beruflichen Bildung fördern, die von zu Hause nicht die erforderliche Unterstützung bekommen. Und ganz besonders wichtig ist mir – gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen – deutliche Zeichen gegen Antisemitismus und für den Zusammenhalt in Europa zu setzen.

Welche Wirkung hat Corona bei Ihnen hinterlassen?

Es wird für unsere Generation wohl ein einschneidendes Erlebnis bleiben, denn wie innerhalb kürzester Zeit weite Teile des gesellschaftlichen Lebens (mit Auswirkungen auf die Privatsphäre) zum Erliegen gekommen sind, hat uns alle tief getroffen. Obwohl seitens der Politik und der Behörden gute Schutzmaßnahmen getroffen worden sind, müssen wir gleichwohl jetzt Lehren für zukünftige Pandemiefälle ziehen. So haben wir für viele Katastrophenfälle erprobte Schutzpläne parat – wie zum Beispiel für Hochwasser, für Stromausfall, für Feuer – jedoch nicht für solche Pandemien. Da die Zusammenarbeit in Politik und Verwaltungen über alle Ebenen in den letzten Wochen sehr effektiv und der Austausch in den Regionen sehr eng war, sehe ich gute Chancen, dass wir uns jetzt für zukünftige Fälle gut wappnen können.

12 Fragen an **Stephan Pusch**

Stephan Pusch, Jahrgang 1968, verheiratet, fünf Söhne. Seit 2004 ist er hauptamtlicher Landrat des Kreises Heinsberg. Er ist Jurist und war zuvor als Rechtsanwalt in einer Kanzlei tätig. Mit 16 Jahren ist er in die Junge Union eingetreten und hat bis zu seiner Wahl als Landrat einige politische Ämter bekleidet. Er war Ortsvereinsvorsitzender der CDU Kleingladbach, Schatzmeister im CDU-Kreisvorstand, Sachkundiger Bürger im Kreistag Heinsberg (Ausschuss für Gesundheit und Soziales), CDU-Stadtverbandsvorsitzender Hückelhoven und seit 1999 Kreistagsabgeordneter.

Als Kind wollten Sie sein wie?

Winnetou

Wie sind Sie in die Politik gekommen

Durch meinen Vater. Mit 16 Jahren bin ich in die Junge Union eingetreten.

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Helmut Schmidt

Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?

Ein Impfstoff gegen Corona-Infektionen

Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?

Nein. Ich schätze alle Fraktionen im Kreistag des Kreises sehr und pflege ein gutes Verhältnis, außer zu der AfD.

Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?

Ich genieße die Zeit mit meiner Familie und fahre mit meiner Frau und meinen drei Jungs gerne mit dem Rad.

Was lesen Sie gerade?

„Der gefallene Engel“ von Paul Doherty

Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?

Rock

Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?

Ich schaue mir gerne die Bundesligaspiele von Borussia Mönchengladbach an.

Haben Sie ein Lebensmotto?

„Was immer auch passiert, nie sollst du so tief sinken, von dem Kakao, durch den man dich zieht, auch noch zu trinken.“

In der Corona-Krise haben Sie starke Führung bewiesen. Was haben Sie persönlich aus der Zeit mitgenommen?

Hilf dir selbst, dann hilft dir auch der liebe Gott ;-). Nur wer mutig ist und anpackt, kann auch etwas bewirken und verändern.

Ihr Kreis war im Frühjahr wochenlang in den Medien. Welche Schlagzeile wünschen Sie sich kommendes Jahr für den Raum Heinsberg?

„Starker Wirtschaftsaufschwung im Kreis Heinsberg“



DEMOKRATIEFEINDE UND ALUHUTTRÄGER AUF „HYGIENEDEMOS“ – UND MITTENDRIN: GANZ NORMALE LEUTE

Von Katja Heins

Fast zeitgleich mit den ersten Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona gibt es in Deutschland erste Protestaktionen unter dem Titel „Hygienedemonstration“. Mit Gesundheitspflege hat das jedoch nichts zu tun.

Den Anfang macht Berlin: Ende März versammeln sich hier mehrere Dutzend Teilnehmer auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Sie skandieren: „Grundrechte verteidigen – sag Nein zur Diktatur!“ Hinter der Kundgebung steht eine neu gegründete Gruppe namens „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“ um den Dramaturgen und Journalisten Anselm Lenz. Er bezeichnet die Präventionsmaßnahmen zum Schutz der Bürger als „Notstandsregime“ und behauptet, die Regierung wolle mit dem Vi-

rus Panik schüren, um vom Ende des Finanzkapitalismus abzulenken und eine Diktatur zu errichten.

Nach und nach weiten sich die Proteste auf andere Städte aus, das politische Spektrum verändert sich. Denn während zu Beginn vor allem Akteure aus der linken Szene an der Spitze der Bewegung stehen, werden die einzelnen Gruppen mit ihren Interessen immer heterogener. Zahlreiche Fernsehberichte zeigen zur besten Sendezeit Esoterikerinnen mit Alubommel-Ketten, Menschen, die einen Davidstern mit der Aufschrift „ungeimpft“ am Ärmel tragen, Hooligans mit Lederhandschuhen in der Gesäßtasche und schreiende Männer in T-Shirts mit Neonazi-Codes darauf.

„Vereint sind alle Gruppierungen in ihrem verschwörungsideologischen Denken: Das Coronavirus sei entweder eine bloße Erfindung der Herrschenden oder doch nur harmlos“, heißt es in einer Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Pandemiebekämpfung und Proteste.

Eine krude Theorie, die sich zu dieser Zeit besonders hartnäckig hält, ist die Behauptung, die Regierung wolle über eine Impfpflicht den Bürgern Mikrochips implantieren, um sie zu kontrollieren. Immer wieder tauchen in diesem Zusammenhang die Namen Bill und Melinda Gates auf. Um den Microsoft-Gründer und seine Frau ranken sich wilde Mythen: Unter anderem wollen die beiden angeblich über die WHO die Weltherrschaft an sich reißen.

Ein Vegan-Koch auf der Suche nach der Wahrheit

Auch B- und C-Prominente nutzen das Momentum der „Hygienedemos“, um ihre Sicht der Dinge in die Welt hinaus zu posieren. So auch der Sänger Xavier Naidoo und der vegane Koch, Restaurantbesitzer und ehemalige „Let's Dance“-Kandidat Attila Hildmann. Ersterer gilt nach eindeutigen Aussagen im TV schon länger als Vertreter der Reichsbürgerszene. Diese lehnt das deutsche Rechtssystem ab und erkennt der Bundesrepublik Deutschland das Existenzrecht ab.

Im Frühjahr fiel Naidoo dann mit einem verstörendem Video auf, in dem er von einem weltweiten pädophilen Netzwerk berichtet, das in unterirdischen Lagern Tausende Kinder foltert, um ein Mittel aus Blut zu gewinnen, das als Lebenselixier dient: Andrenochrom, ein Stoffwechselprodukt des Adrenalins. Jüngst berichtete das ZDF-Magazin „Frontal21“ über die sogenannten QAnon-Anhänger, die diese Hirngespinnste glauben und verbreiten.

Vegan-Koch Attila Hildmann wiederum hangelt sich in Ansprachen auf Protestdemos, in Videos und über die Messenger-App Telegram von einer Verschwörungstheorie zur nächsten. Sein Kernauftrag: der Nationalismus. Im „wichtigsten Video seines Lebens“, am 4. Juni, berichtet er, der Dritte Weltkrieg sei längst im Gange. Corona (immerhin besteht hier noch ein inhaltlicher Zusammenhang) sei eine von „Eliten gemachte Pandemie“ und wer sei schuld? Na klar, Angela Merkel. Von Tag 1 an habe er „ein Bauchgefühl“ gehabt und mache sich nun auf die „Suche nach der Wahrheit“.

Doch: Nicht nur Aluhutträger – so nennt man Verschwörungstheoretiker metaphorisch – gehen in dieser schwierigen Zeit auf die Straße. Es sind auch verzweifelte Selbständige oder Alleinerziehende dabei, die nicht wissen, wie sie Kinderbetreuung und Homeoffice zeitgleich bewerkstelligen sollen, oder besorgte Angehörige, die für Besuchsrechte im Seniorenheim kämpfen.

„Sorgen der Menschen missbrauchen, um sie vor ihren Karren zu spannen“

Bei einer Kundgebung in Gera erlangt der 84-jährige Rentner Alfons Blum deutschlandweite Bekanntheit, als er einem Kamerateam unter Tränen von seiner demenzkranken Frau berichtet, die er nicht im Pflegeheim besuchen darf. Das treibe ihn auf die Straße. 3,5 Millionen Fernsehzuschauer sehen bei „ARD extra“ zu, unzählige können sein Leid nachempfinden. Doch mitten im Gespräch mit den Reportern wird Blum von einem anderen Mann niedergebrüllt, der im AfD-Sprech gegen den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk hetzt. Doch Blum hat den Mut zu widersprechen und weist den Schreihals in seine Grenzen mit den Worten: „Man muss auch vernünftig bleiben!“ Für diesen Satz erntet er im Netz viel Respekt.

Innenminister Herbert Reul sagte kürzlich im Gespräch mit der CDU Gladbeck, dass der Kampf mit Verschwörungstheorien vor allem im Internet schon länger tobe. „Extremisten, ob links oder rechts, missbrauchen die Sorgen der Menschen, um sie vor ihren Karren zu spannen, um sie für ihre abstrusen Ideen zu gewinnen.“ Er könne nur all denjenigen raten, die mit ihrem ernsthaften Anliegen auf die Straße gehen, sofort umzukehren, sobald rechte Parolen skandiert und entsprechende Plakate hochgehalten würden.

„Man muss wahnsinnig aufpassen, dass man die Grenze hält zwischen denen, die Ängste haben und denjenigen, die solche Demonstrationen missbrauchen für ihre Zwecke. Das ist sehr schwer – auch für die Polizei“, sagte Reul weiter.

Ministerpräsident Armin Laschet hatte diese Misch-Szene ebenfalls sofort als solche erkannt und sich in den Medien sehr differenziert zu dem Thema geäußert: „Es ist absolut legitim und eigentlich auch nicht ungewöhnlich, dass Menschen demonstrieren, wenn es zu den gravierendsten Grundrechtseinschränkungen seit dem Bestehen der Bundesrepublik kommt“, sagte Laschet im Mai der Neuen Osnabrücker Zeitung. Man müsse nur wissen, „dass Links- und Rechtsradikale und Reichsbürger diesen Protest für sich zu nutzen versuchen“.

Und so ist jeder, der sein legitimes Recht auf Protest wahrnimmt, gefordert, sich von Extremisten nicht vereinnahmen zu lassen.

Ob die sogenannten „Hygienedemos“ nur ein vorübergehendes Phänomen sind, werden die nächsten Monate zeigen. Die demokratiefeindliche Mitmachpartei „Widerstand 2020“, federführend bei Protesten in Süddeutschland, zeigt jedenfalls erste Auflösungserscheinungen: Die drei Gründer traten der Reihe nach zurück. Und bei der angeblichen Zahl von 100.000 Mitgliedern handelte es sich doch nur um Anmeldungen auf einer Homepage. ■



Am 13. September die richtigen Weichen stellen

Liebe Freunde der CDU,

in wenigen Wochen sind Kommunalwahlen. Der 13. September ist in Sicht. Dieser Kommunalwahlkampf war und ist anders. Corona hat auch hier vieles verändert. Neben Bewährtem sind neue Ideen und Ansätze in der Kampagne gefragt. Wir haben unseren Gemeinde-, Stadt- und Kreisverbänden eine gelungene und von Flexibilität geprägte Kampagne zur Verfügung gestellt.

Überhaupt wurde vieles, was über Jahrzehnte praktiziert wurde, durch die Pandemie in Frage gestellt. Ich nenne nur die Schlagworte Bildung, Arbeit und Digitalisierung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie bedrohen die Finanzen vor Ort und engen den Handlungsspielraum dort ein. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen werden durch die Einigung bei den Kosten der Unterkunft um eine Mrd. Euro pro Jahr dauerhaft entlastet. Das ist ein großer Erfolg von Armin Laschet, dem es wichtig war, diese Belastung zu reduzieren, weil sie der Grund für die Verschuldung der Kommunen ist. Erreicht wurde die größte Entlastung der Kommunen seit Jahrzehnten. Die Altschuldenfrage bleibt eine gemeinsame Aufgabe, die wir, wie zugesagt, angehen werden.

In vielen Bereichen, die die Menschen unmittelbar vor Ort angehen, gilt es die Weichenstellungen für die Zukunft jetzt vorzunehmen. Wie gestalten wir die Mobilität von morgen? Wie wollen wir zukünftig in den Kommunen wohnen? Wie entwickeln wir die Schulen zeitgemäß und wie schaffen wir es, aus dem digitalen Wandel eine echte Zukunftschance zu machen?

Viele Fragen und Herausforderungen sind zu lösen. Die Antworten müssen vor allem auch in unseren 396 Städten und Kommunen und 54 Landkreisen und kreisfreien Städten gefunden werden.

Das ist einmal mehr der Beweis dafür, wie wichtig und entscheidend die kommunale Ebene in unserem Staatsaufbau ist. Wir als CDU haben den Anspruch, am 13. September möglichst viele Mandate in den Räten zu erringen, möglichst viele Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte zu stellen.

Die CDU steht als einzige Partei in unserer politischen Landschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie ist eine verbindende Klammer, die verhindert, dass politische Fliehkräfte von Links oder Rechts unsere Gesellschaft unterhöheln. Wir brauchen in dieser Situation jetzt mehr denn je Zusammenhalt, um die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Denn klar ist: Die Corona-Krise wird uns in den kommenden Jahren noch vieles abverlangen.

Am Wahltag und in den Wochen davor sind wir alle gefragt, unsere gesamte CDU-Familie. Daher meine herzliche Bitte: Unterstützen Sie Ihre Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort. Wir brauchen stabile Verhältnisse und gute Männer und Frauen in den Räten und an der Spitze der Städte, Gemeinden und Kreise.

Packen wir es an!

Ihr
Josef Hovenjürgen MdL



Was auch kommt: Ich bleibe in Balance. Mit meinem Einkommenschutz.

Ein regelmäßiges Einkommen ist die Basis für Ihren Lebensstandard – und den Ihrer Familie. Deshalb halten auch Verbraucherschützer eine Absicherung der Arbeitskraft für notwendig. Die gute Nachricht: Mit **SI WorkLife** können Sie Ihr Einkommen jetzt ganz individuell schützen und drohende Einkommensverluste abfedern. Wir bieten passgenaue Lösungen, mit denen Sie genau das versichern können, was Sie wirklich brauchen.

www.signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Jetzt per Brief CDU wählen!



1. Achten Sie auf die Wahlbenachrichtigung in Ihrem Briefkasten.



2. Auf der Rückseite finden Sie einen sog. Wahlscheinantrag, mit dem Sie die Briefwahl beantragen können.



3. Schicken Sie den ausgefüllten Wahlscheinantrag ans Rathaus zurück! Achtung: Sie können die Briefwahl bereits jetzt auch für eine mögliche Stichwahl beantragen.



4. Sie bekommen nun ihre Briefwahlunterlagen zugesandt und können diese in Ruhe zu Hause ausfüllen. Vergessen Sie nicht, auch die eidesstattliche Versicherung auszufüllen und mitzusenden.



5. Schicken Sie Ihren Wahlbrief rechtzeitig vor dem Wahltag ans Rathaus zurück! Der Wahlbrief muss spätestens am Wahlsonntag bis 16 Uhr angekommen sein!

Hinweis: Alternativ können Sie mit Ihrem ausgefüllten Wahlscheinantrag in den allermeisten Rathäusern auch direkt wählen gehen.

Weitere Informationen zur Briefwahl finden Sie unter:
www.cdu.nrw/briefwahl

